

Fichtner, Ferdinand et al.

Article

Deutsche Wirtschaft setzt Aufschwung fort: Sommergrundlinien 2015

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Fichtner, Ferdinand et al. (2015) : Deutsche Wirtschaft setzt Aufschwung fort: Sommergrundlinien 2015, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 82, Iss. 26, pp. 591-606

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/111675>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Sommergrundlinien 2015



Bericht von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Franziska Bremus, Karl Brenke, Christian Dreger, Hella Engerer, Christoph Große Steffen, Simon Junker, Claus Michelsen, Katharina Pijnenburg, Maximilian Podstawski, Malte Rieth und Kristina van Deuverden

Deutsche Wirtschaft setzt Aufschwung fort 591

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnungen für Deutschland 604

Interview mit Ferdinand Fichtner

»Robustes Wachstum in schwierigem Umfeld« 607

Bericht von Kristina van Deuverden

Finanzpolitik: Der richtige Mix
von Steuern und Sozialabgaben hat Priorität! 608

Am aktuellen Rand Kommentar von C. Katharina Spieß

Elterngeld und Ehegattensplitting:
Nach der Reform ist vor der Reform 620



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
82. Jahrgang
24. Juni 2015

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sylvie Ahrens-Urbaneck
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Marie Kristin Marten
Dr. Wolf-Peter Schill
Dr. Vanessa von Schlippenbach

Lektorat

Karl Brenke
Dr. Ferdinand Fichtner

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Standard-Abo: 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

Studenten-Abo: 49,90 Euro.

Probe-Abo: 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an leserservice@diw.de oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

NEWSLETTER DES DIW BERLIN



Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts: Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: www.diw.de/newsletter

RÜCKBLLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 50 JAHREN

Die internationale und die westdeutsche Wirtschaftslage Mitte Juni 1965

Die internationale Situation

Die Lage der Weltwirtschaft ist im ersten Halbjahr 1965 vor allem durch die verstärkten Bemühungen der beiden angelsächsischen Länder bestimmt, ihre Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu überwinden, ohne die Wechselkursrelationen anzutasten. Ob die politischen Konflikte auf das weltwirtschaftliche Geschehen einen solchen Einfluß nehmen werden, daß diese Zahlungsbilanzprobleme in den Hintergrund rücken, bleibt abzuwarten. Um die Währungsparität zu verteidigen, entschloß sich die Regierung der Vereinigten Staaten zu einer Einschränkung des Kapitalexports, während die britische Regierung darüber hinaus in einer inflationistischen Politik Zuflucht suchte.

Dürfte auch eine Wachstumsabschwächung in Großbritannien die Entwicklung in der übrigen Welt nur wenig beeinflussen, so könnte die Einschränkung des Kapitalexports beider Länder weitreichendere Folgen haben. Zwar ist es unangebracht, aus Ähnlichkeiten der gegenwärtigen Situation mit der Lage unmittelbar vor der Weltwirtschaftskrise allzu weitgehende Schlüsse zu ziehen; denn schon die enge Zusammenarbeit der Notenbanken steht einem Zusammenbruch des Weltwährungssystems entgegen. Jedoch ist nicht zu übersehen, daß die Verringerung des Kapitalexports aus Ländern, die bisher den größten Teil des internationalen Kapitals bereitgestellt haben, nachteilige Rückwirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der übrigen Welt haben kann.

aus dem Wochenbericht Nr. 25 vom 18. Juni 1965

Deutsche Wirtschaft setzt Aufschwung fort

Von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Franziska Bremus, Karl Brenke, Christian Dreger, Hella Engerer, Christoph Große Steffen, Simon Junker, Claus Michelsen, Katharina Pijnenburg, Maximilian Podstawski, Malte Rieth und Kristina van Deuverden

Die deutsche Wirtschaft setzt ihren Aufschwung fort. Aufgrund der überraschend schwachen Produktion zum Jahresbeginn wird das Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr wohl um 1,8 Prozent und damit im jahresdurchschnittlichen Vergleich etwas weniger zulegen als bislang erwartet. Für das kommende Jahr ist nach wie vor mit einem Zuwachs von 1,9 Prozent zu rechnen.

Die Weltwirtschaft dürfte nach einem unerwartet schwachen Auftaktquartal im Jahresverlauf an Schwung gewinnen. Während sich das Wachstum in den Schwellenländern sowohl konjunkturell als auch strukturell bedingt nur langsam erhöht, wird die Erholung vor allem von der Konsumententwicklung in den Industrieländern getragen. Dort dürften geringe Inflationsraten und eine sich verbessernde Situation auf dem Arbeitsmarkt die Einkommen der Haushalte und deren Kaufkraft erhöhen. Die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate der Weltwirtschaft dürfte im Jahr 2015 bei 3,5 Prozent und im darauffolgenden Jahr bei 4,0 Prozent liegen. Die Teuerung bleibt in diesem Jahr bei zwei Prozent und steigt im nächsten Jahr auf drei Prozent.

In Deutschland trägt die kräftige Binnenkonjunktur das Wachstum. Zuletzt hatten zusätzliche Sozialleistungen, vor allem aber die niedrige Teuerung die Realeinkommen vorübergehend beflügelt; aufgrund der günstigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird der private Verbrauch aber auch im weiteren Verlauf spürbar zulegen. Die Unternehmen weiten ihre Investitionen in Ausrüstungen verhalten aus; Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit der Krise im Euroraum, geopolitische Spannungen und Sorgen über die wirtschaftliche Entwicklung wichtiger Schwellenländer wirken dämpfend. Die Exporte profitieren von der weltwirtschaftlichen Erholung und zeitweilig auch von der Euroabwertung; alles in allem dürfte per Saldo aber nur ein geringer Impuls vom Außenhandel ausgehen.

Weltwirtschaft gewinnt wieder an Schwung

Nach einem unerwartet schwachen Auftaktquartal 2015 dürfte die weltwirtschaftliche Entwicklung im Jahresverlauf wieder an Schwung gewinnen. In den Industrieländern konnten die Produktionssteigerungen im Euroraum und in Japan eine Schrumpfung der Wirtschaftsleistung in den USA nur teilweise kompensieren (Abbildung 1). Dort hatten zum Jahresauftakt Sonderfaktoren zu einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts geführt. Die Schwellenländer sind ebenfalls schwach ins Jahr 2015 gestartet. Dort verlangsamt sich das Wachstum bereits seit einigen Jahren; zuletzt kam noch eine konjunkturelle Abkühlung hinzu. Das Expansionstempo der Weltwirtschaft dürfte sich im weiteren Verlauf jedoch leicht beschleunigen (Tabelle 1): In den USA dürfte die Konjunktur wieder anziehen, und die Zuwächse im Euroraum und in Japan bleiben kräftig.

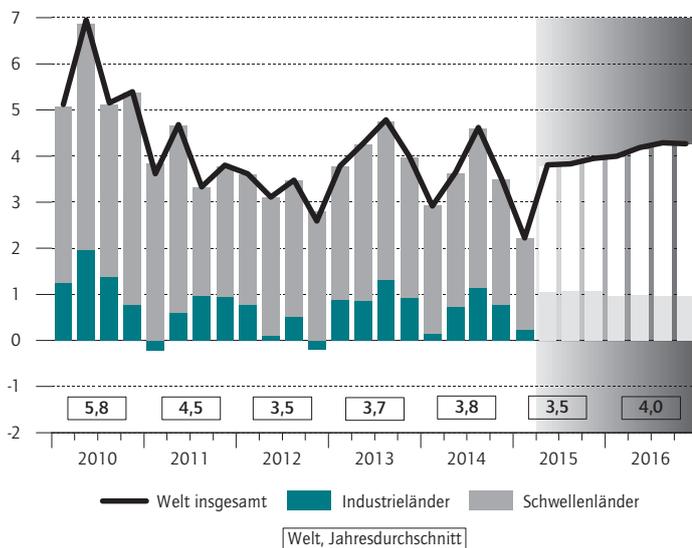
Allerdings bestehen weiterhin Risiken für die Weltkonjunktur. So könnte ein Scheitern der Verhandlungen zwischen den internationalen öffentlichen Kreditgebern und Griechenland zu erhöhter Unsicherheit an den Finanzmärkten führen. Dies würde die ohnehin nur schwache Investitionstätigkeit der Unternehmen belasten und sich dämpfend auf die Konjunkturentwicklung des Euroraums auswirken. Auch ein Wiederaufflammen des Konflikts um die Ukraine könnte zu erneuter Verunsicherung führen. Ein weiteres Risiko besteht in erhöhter Volatilität des globalen monetären Umfelds – etwa bei Zinsen, Inflation oder Wechselkursen – in Folge schneller als erwarteter Zinsanhebungen in den USA.

Das Wachstum in den Industrieländern wird vor allem von der Konsumententwicklung getragen. Bei weiterhin niedrigen Inflationsraten und einer sich nach und nach verbessernden Situation auf dem Arbeitsmarkt dürften sich die Einkommen der Haushalte und deren Kaufkraft erhöhen. Im weiteren Verlauf dürfte dies die Investitionen anregen, wobei die Zuwächse wohl moderat ausfallen werden.

Abbildung 1

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts

In Prozent, Prozentpunkten



Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Das Expansionstempo der Weltwirtschaft dürfte sich im Prognosezeitraum leicht erhöhen.

Die Konjunktur im Euroraum dürfte sich insgesamt recht robust entwickeln. Dabei machen sich vor allem die allmählichen Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt, die weniger restriktiv ausgerichtete Finanzpolitik und die allgemeine Zuversicht der Konsumenten bemerkbar, die den privaten Verbrauch anschieben dürften. Der niedrige Außenwert des Euros stützt zudem die Ausfuhren.

In den Schwellenländern wird die Konjunktur nur leicht anziehen. Lediglich für Indien ist mit kräftigem Wachstum zu rechnen. Hingegen dürfte die wirtschaftliche Entwicklung in Russland äußerst schwach und in Brasilien gedämpft bleiben. Auch in China dürfte das Wachstum aufgrund struktureller Anpassungen geringer als in den Vorjahren ausfallen.

Alles in allem dürfte die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate der Weltwirtschaft im Jahr 2015 bei 3,5 Prozent und im darauffolgenden Jahr bei 4,0 Prozent liegen. Die Teuerung bleibt in diesem Jahr bei niedrigen zwei Prozent und steigt im nächsten Jahr, vor allem aufgrund der nicht mehr rückläufigen Energiepreise, auf drei Prozent.

Das geldpolitische Umfeld dürfte global weniger expansiv ausgerichtet sein. Zwar wird die Geldpolitik im

Euroraum über den gesamten Prognosezeitraum akkommodierend bleiben, und in Japan dürften sogar zusätzliche expansive Maßnahmen folgen. Auch für China ist mit weiteren Zinssenkungen zu rechnen. Aber sowohl in den USA als auch im Vereinigten Königreich dürfte die Zentralbank die Leitzinsen erhöhen. Der Restriktionsgrad der Finanzpolitik hingegen dürfte alles in allem schwächer ausfallen als in den vergangenen Jahren. Allerdings besteht auch hier große Heterogenität zwischen den Ländern.

Vereinigte Staaten

In den Vereinigten Staaten ging das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal des laufenden Jahres um annualisiert 0,7 Prozent zurück. Dies lag an verschiedenen – überwiegend temporären – Faktoren. So haben ein in weiten Teilen der USA außergewöhnlich kalter Winter und ein Streik von Hafenarbeitern an der amerikanischen Westküste die Wirtschaft gebremst. Zudem hat sich das Handelsbilanzdefizit der USA entgegen dem rückläufigen Trend der vergangenen Jahre ausgeweitet – wohl auch wegen der kräftigen Aufwertung des Dollars. Der Rückgang der Ölpreise hat zwar stimulierend auf den privaten Konsum gewirkt, aber gleichzeitig auch zu einem Einbruch der Investitionen im Erdölsektor geführt. Im Prognosezeitraum wird die US-Wirtschaft im Zuge von Nachholeffekten und einer kräftigen Inlandsnachfrage wieder deutlich zulegen. Der private Konsum wird durch die niedrigeren Ölpreise und die kontinuierliche Erholung am Arbeitsmarkt getragen. Die Arbeitslosenquote ist innerhalb eines Jahres um fast einen Prozentpunkt zurückgegangen und lag im Mai noch bei 5,5 Prozent. Weiterhin ist aber die Zahl jener hoch, die sich zumindest vorübergehend aus dem Arbeitsmarkt zurückgezogen haben. Auch die Quote der Unterbeschäftigten – also jene in Teilzeit arbeitenden Personen, die ihre Arbeitszeit erhöhen möchten – verharrt auf einem hohen Niveau. Im Zuge der weiteren schrittweisen Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt werden sich die im Trend leicht ansteigenden verfügbaren Einkommen auch im Prognosezeitraum erhöhen und den privaten Verbrauch sowie den Wohnungsbau stützen. Vor dem Hintergrund der steigenden Konsumnachfrage werden die Unternehmen die historisch niedrigen Zinsen mehr und mehr nutzen, um ihre Investitionen deutlich auszuweiten. Angesichts der wirtschaftlichen Aufwärtsdynamik dürfte die US-Notenbank in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres anfangen, ihre Leitzinsen leicht anzuheben. Alles in allem wird die US-Wirtschaft in diesem Jahr um 2,3 Prozent und im Jahr 2016 um 3,1 Prozent zulegen.

Japan

In Japan expandierte die Produktion im ersten Quartal um 0,6 Prozent, nach einem ähnlich hohen Zuwachs

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft

In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
Euroraum	-0,4	0,9	1,3	1,5	1,3	0,4	0,2	1,0	12,0	11,6	11,1	10,5
ohne Deutschland	-0,6	0,4	1,3	1,3	1,3	0,3	0,0	1,0	14,0	13,8	13,3	12,7
Frankreich	0,7	0,2	1,0	0,9	0,8	0,5	0,1	1,0	10,3	10,3	10,6	10,5
Spanien	-1,2	1,4	3,0	2,7	1,4	-0,2	-0,5	1,1	26,1	24,5	21,9	19,8
Italien	-1,7	-0,4	0,3	0,6	1,3	0,2	0,2	0,6	12,2	12,7	12,8	12,3
Niederlande	-0,7	0,9	2,0	1,7	2,6	0,3	0,5	1,4	7,3	7,4	6,8	6,5
Vereinigtes Königreich	1,7	2,8	2,4	2,2	2,6	1,4	0,1	1,6	7,5	6,1	5,7	5,6
USA	2,2	2,4	2,3	3,1	1,5	1,6	0,0	1,9	7,4	6,2	5,3	4,8
Japan	1,6	-0,1	0,8	1,5	0,3	2,7	0,5	0,3	4,0	3,6	3,7	3,8
Südkorea	2,9	3,3	3,0	3,6	1,3	1,3	0,6	1,7	3,1	3,6	3,2	3,0
Mittel- und Osteuropa	1,6	3,0	3,4	3,1	1,4	0,3	-0,5	1,2	9,5	8,4	7,6	7,1
Türkei	4,2	2,9	3,5	3,7	7,6	8,8	8,8	8,2	8,9	10,2	10,2	10,3
Russland	1,4	0,6	-3,4	-0,1	6,7	7,9	14,6	7,1	5,5	5,2	5,5	5,4
China	7,7	7,6	6,7	7,0	0,0	-0,6	0,1	2,4	3,9	3,8	3,8	3,8
Indien	6,4	7,3	6,4	6,2	6,8	4,1	4,3	6,1	-	-	-	-
Brasilien	2,7	0,2	-0,1	1,2	6,2	6,3	7,0	5,0	5,4	4,9	5,3	5,1
Mexiko	1,7	2,1	3,2	3,6	3,8	4,0	2,8	3,2	4,9	4,8	4,7	4,8
Industrieländer	1,5	1,8	1,9	2,4	1,3	1,4	0,1	1,4	7,9	7,0	6,5	6,1
Schwellenländer	5,5	5,4	4,6	5,2	2,9	2,4	3,4	4,1	4,9	4,8	4,8	4,8
Welt	3,7	3,8	3,5	4,0	2,2	2,0	2,0	3,0	6,2	5,8	5,5	5,3

Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

im Vorquartal. Dabei blieb die Endnachfrage allerdings hinter der Produktion zurück; ohne die in der Folge ausgeweiteten Lagerbestände hätte das Wachstum nur bei 0,2 Prozent gelegen. Die Exporte haben trotz der Abwertung des Yen nur schwach zugelegt, wohl auch wegen des schwachen ersten Quartals in wichtigen Partnerländern wie den USA und China. Der private Verbrauch ist um 0,4 Prozent gestiegen. Die Anlageinvestitionen der Unternehmen legten erstmals seit vier Quartalen wieder zu, blieben aber wenig dynamisch. Im weiteren Verlauf dürften die Unternehmen zuerst ihre Bestände abbauen, ehe sie die Produktion hochfahren. Wegen der im Zuge der Abwertung des Yen gestiegenen Gewinne besteht allerdings Spielraum für Lohnerhöhungen. Auch der Anstieg des Konsumentenvertrauens dürfte den Konsum anschieben. Um die Konjunktur zu stützen, wird die Bank of Japan weiter Anleihen aufkaufen und ihr Programm eventuell noch ausdehnen. Insgesamt dürfte die Entwicklung im Prognosezeitraum moderat aufwärts gerichtet sein. Für dieses Jahr wird ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 0,8 Prozent erwartet, im nächsten Jahr wird der Zuwachs bei 1,5 Prozent liegen.

China

In China ist die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 1,3 Prozent gestiegen, nach 1,5 und 1,9 Prozent in den Quartalen zuvor. Das niedrigere Wachstum reflektiert sowohl die Transformation von einer investitionsgetriebenen Exportwirtschaft hin zu einer Konsum- und Dienstleistungswirtschaft als auch eine konjunkturelle Abschwächung. Die Anlageinvestitionen der Unternehmen steigen nicht mehr mit den früheren Zuwachsraten. Gleichzeitig blieb zuletzt die Konsumdynamik trotz hoher Lohnzuwächse recht verhalten. Die Exporte sind aufgrund der schwachen Nachfrage in den Industriestaaten und der Aufwertung des Renminbi insbesondere gegenüber Euro und Yen ausgebremst worden. Auch im weiteren Verlauf dürfte das Wachstum gedämpft bleiben; so deutet der HSBC Einkaufsmanagerindex auf eine weitere leichte Abnahme der Konjunktur im Verarbeitenden Gewerbe hin. Ein starkes Abflachen des Wachstums verhindern dürften aber expansive Maßnahmen, vor allem weitere Zinssenkungen der People's Bank of China. Gegen weitere finanzpolitische Konjunkturprogramme spricht, dass die öffentliche Verschuldung bereits recht hoch ist. Ins-

gesamt dürfte das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr bei sieben Prozent liegen. Im nächsten Jahr werden es wohl 6,5 Prozent sein.

Euroraum

Im Euroraum legte das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal um 0,4 Prozent zu. Wie schon in den vorangegangenen Quartalen stieg der Konsum kräftig. Zusätzlich überraschten zum Jahresauftakt die Zuwächse bei den Investitionen. Hingegen war die Exportentwicklung trotz des merklich abgewerteten Wechselkurses schwach.

Im weiteren Verlauf stützt der private Konsum das Wachstum. Wegen des starken Rückgangs der Energiepreise und der sich fortsetzenden Erholung am Arbeitsmarkt legen die real verfügbaren Einkommen weiter kräftig zu. Entsprechend hoch ist das Konsumentenvertrauen. Die zusätzlich zur Verfügung stehenden Mittel werden von den Haushalten zu einem großen Teil konsumtiv verwendet; darauf deuten etwa der zuletzt recht dynamische Anstieg der Kfz-Neuzulassungen sowie der Auftragseingänge für langlebige Konsumgüter hin. In Spanien, und mit einiger Verzögerung sowie einer geringeren Dynamik auch in Italien, sind aufgrund der anziehenden Konjunktur deutliche Zuwächse bei der

Beschäftigung zu erwarten; hierzu dürften die geleisteten Arbeitsmarktreformen beitragen.¹

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit, gemessen am real effektiven Wechselkurs auf Grundlage der Lohnstückkosten, die sich seit Dezember 2014 deutlich verbessert hat, dürfte sich mit etwas Zeitverzug in kräftigeren Exporten niederschlagen (Abbildung 2). Darauf deuten auch die Exporterwartungen hin, die sich zuletzt für den Euroraum insgesamt, und besonders deutlich in Italien und Spanien, verbessert haben. Im nächsten Jahr dürfte die kräftigere Entwicklung der Auslandsmärkte den Exporten zusätzliche Impulse verleihen.

Die günstige Entwicklung der in- und ausländischen Konsumnachfrage dürfte die Investitionen positiv beeinflussen. Darauf deutet auch der Anstieg der Auftragsingänge für Investitionsgüter hin. Dieser Anstieg dürfte aber vor allem in der kurzen Frist verhalten ausfallen. Belastend wirken die anhaltende Verunsicherung durch geopolitische Spannungen und einen nicht auszuschließenden ungeordneten Austritts Griechenlands aus dem Euroraum. Darüber hinaus deuten Stimmungsindikatoren darauf hin, dass die Industrie noch nicht von der Nachhaltigkeit der Nachfrageentwicklung überzeugt ist.

Die Inflationsrate im Euroraum lag im April bei null Prozent, nachdem sie vorher über mehrere Monate negativ gewesen war. Im Prognosezeitraum dürfte die Inflationsrate etwas steigen. Dies liegt vor allem daran, dass die Ölpreise nicht mehr sinken und die Importpreise wegen des stark abgewerteten Euro anziehen. Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank dürfte im Prognosezeitraum dennoch äußerst expansiv ausgerichtet sein. Das Anleihekaufprogramm in Höhe von 60 Milliarden Euro pro Monat wird noch bis September 2016 fortgesetzt werden. Der Hauptrefinanzierungssatz dürfte weiterhin bei 0,05 Prozent liegen. Die Finanzpolitik wird in diesem und im nächsten Jahr in etwa neutral ausgerichtet sein.

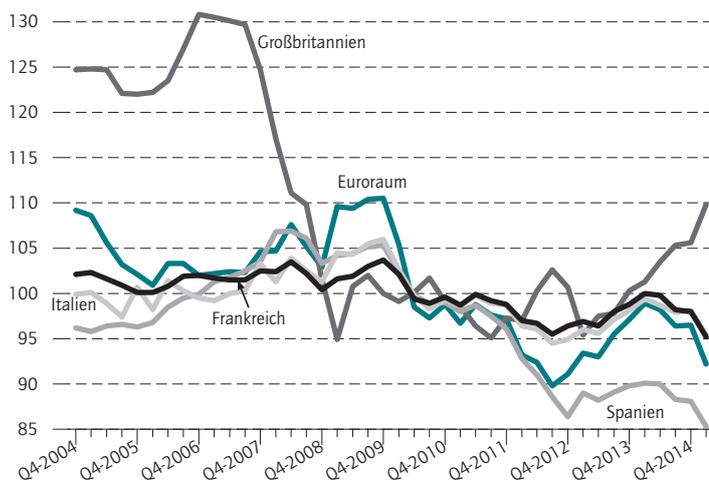
In diesem Jahr dürfte die Wirtschaft im Euroraum um 1,3 Prozent wachsen. Für das kommende Jahr ist mit einem Wachstum von 1,5 zu rechnen.

Vereinigtes Königreich

Das Wirtschaftswachstum im Vereinigten Königreich dürfte robust bleiben. Die privaten realen Einkommen entwickeln sich günstig, unter anderem aufgrund der sehr niedrigen Teuerung. Zudem sorgt die positive Lage auf dem Arbeitsmarkt für hohe Zuversicht bei den Kon-

Abbildung 2

Realer effektiver Wechselkurs auf Grundlage der Lohnstückkosten Index



Quelle: OECD.

© DIW Berlin 2015

Der Rückgang der relativen Lohnstückkosten im ersten Quartal signalisiert eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

¹ Vgl. OECD (2013): The 2012 Labour Market Reform in Spain: A Preliminary Assessment. Und Orsini, K., Núñez, S. V. (2014): The impact of the Spanish labour market reform on the on-the-job search rate. ECFIN Country Focus.

sumenten. Im ersten Quartal wurden 202 000 zusätzliche Stellen gegenüber dem Vorquartal geschaffen, die Arbeitslosenquote sank auf 5,7 Prozent. Die Exporte, die schwach ins Jahr gestartet waren, dürften im weiteren Verlauf etwas anziehen, auch weil die Nachfrage aus dem Euroraum steigt. Die Inflation lag im ersten Quartal bei -0,1 Prozent. Die Teuerung dürfte erst im Verlauf des kommenden Jahres merklich anziehen. Mit einer Anhebung der Leitzinsen durch die englische Notenbank ist frühestens für die erste Jahreshälfte 2016 zu rechnen, zumal die Produktion derzeit noch unter ihrem Potenzial liegt. Trotz günstiger Rahmenbedingungen bleibt der Ausblick für Investitionen inländischer wie ausländischer Investoren durch das Referendum über die EU-Mitgliedschaft eingetrübt. Alles in allem dürfte die Wirtschaft im Vereinigten Königreich im laufenden Jahr um 2,4 Prozent zulegen. Im kommenden Jahr dürfte sich das Wachstum mit 2,2 Prozent etwas abschwächen.

Mittel- und Osteuropa

Das Bruttoinlandsprodukt der meisten mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländer der EU stieg im Auftaktquartal 2015 erneut stärker als in Westeuropa. Die Inlandsnachfrage ist robust und der Außenhandel wurde in vielen Ländern kaum durch die Sanktionen gegenüber Russland und das russische Importverbot auf bestimmte Agrarprodukte und Lebensmittel beeinträchtigt. Besonders kräftig war das Wachstum in den bevölkerungsreichen Ländern der Region. In Polen stieg das Bruttoinlandsprodukt um ein Prozent und in Rumänien sogar um 1,6 Prozent. Die Inflationsraten der mittel- und osteuropäischen Länder sind auch wegen der niedrigen Energie- und Nahrungsmittelpreise gering; in Polen und Bulgarien lagen sie Ende April sogar im negativen Bereich. Die geringe Teuerung dürfte auch weiterhin zu steigenden Realeinkommen beitragen und zusammen mit der verbesserten Lage am Arbeitsmarkt den Konsum in den meisten Ländern stützen.

Die Geldpolitik ist expansiv ausgerichtet. Anfang Mai 2015 hatte die rumänische Zentralbank den Leitzins um einen viertel Prozentpunkt auf 1,75 Prozent gesenkt; Ende Mai wurde er in Ungarn von 1,8 auf 1,65 Prozent zurückgenommen. Die niedrigen Zinssätze dürften die Investitionstätigkeit anregen. Im Außenhandel dürfte sich die Struktur der Handelspartner weiter verschieben. Gegenüber dem Rubel haben die Währungen der mittel- und osteuropäischen Länder deutlich aufgewertet, was die Exporte nach Russland belastet. Gegenüber dem Euro werten seit Jahresanfang nur der polnische Złoty und der ungarische Forint leicht auf. Insgesamt wird das Wachstum in Mittel- und Osteuropa dieses und nächstes Jahr deutlich über dem des Euroraums liegen.

Russland

Das russische Bruttoinlandsprodukt ist in den ersten vier Monaten 2015 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 2,4 Prozent geschrumpft. Die russischen Ausfuhren, die überwiegend aus Energielieferungen bestehen, sind bei rückläufigem Ölpreis wertmäßig um ein Viertel gesunken. Aufgrund des russischen Importverbots für bestimmte Agrarprodukte und Lebensmittel kam es zu einer noch stärkeren Kontraktion der Einfuhren um wertmäßig 37 Prozent. Die Investitionen waren erneut rückläufig. Auch der private Konsum dürfte eingeschränkt worden sein. Hierauf weisen die gesunkenen Einzelhandelsumsätze hin. Die Zahl der Beschäftigten hat zwar seit Jahresanfang kaum abgenommen und die Anzahl der Arbeitslosen ist nur wenig gestiegen. Der Reallohn pro Beschäftigten ist indes in den ersten vier Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum deutlich zurückgegangen. Die Preissteigerung hat sich zuletzt abgeschwächt, erreichte aber im April noch immer 16,4 Prozent. Gleichwohl senkte die Zentralbank Anfang Mai den Leitzins auf 12,5 Prozent. Die Finanzierungsbedingungen sind aufgrund der Sanktionen schwierig. Damit dürfte der Investitionsrückgang anhalten. Auch der private Konsum dürfte angesichts sinkender Reallöhne weiter eingeschränkt werden. Die Importe bleiben – unter der Annahme, dass die Sanktionen und das russische Importverbot nicht aufgehoben werden – gedämpft. Die russische Wirtschaft wird dieses Jahr deutlich schrumpfen und sich auch nächstes Jahr kaum erholen.

Deutsche Wirtschaft: kräftige Binnenkonjunktur

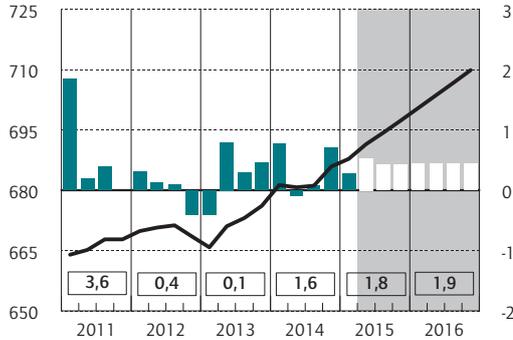
Die deutsche Wirtschaft hat ihren Aufschwung bis zuletzt fortgesetzt. Impulse kamen im ersten Quartal vor allem vom Konsum, aber auch die Investitionen wurden ausgeweitet (Abbildung 3). Während dies die Einfuhren merklich beflügelt hat, haben sich die Ausfuhren trotz der deutlich verbesserten preislichen Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft schwächer entwickelt, denn die Weltkonjunktur ist unerwartet schwach in das Jahr gestartet. Dies hat die Produktion in der Industrie belastet. Dagegen haben die konsumnahen Dienstleistungsbereiche das Wachstum getragen.

Im laufenden und in den kommenden Quartalen dürften die Exporte etwas Fahrt aufnehmen (Tabelle 2): Vor allem der Euroraum erholt sich etwas, wenngleich die Wirtschaftsleistung in vielen Ländern noch weit hinter ihrem Vorkrisenniveau bleibt. Davon profitieren die Investitionen, die – auch angesichts der anhaltend niedrigen Zinsen (Tabelle 3) – wohl verhalten expandieren werden. Die Investitionen dämpfen dürfte die Unsicherheit hinsichtlich der Zusammensetzung des Euroraums an-

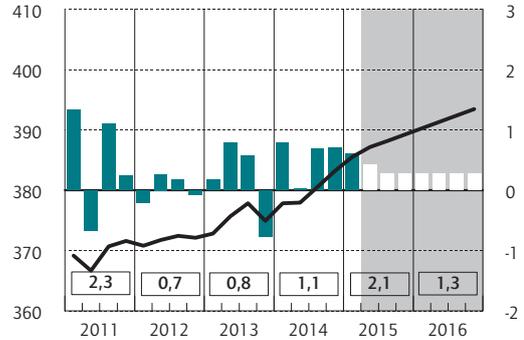
Abbildung 3

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

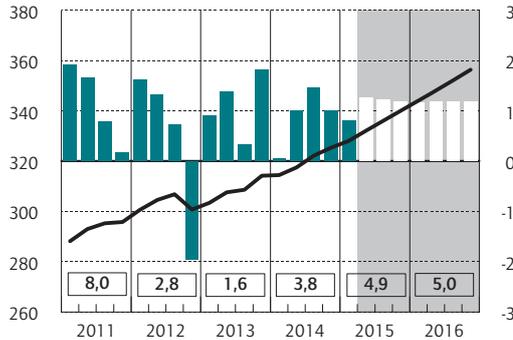
Bruttoinlandsprodukt



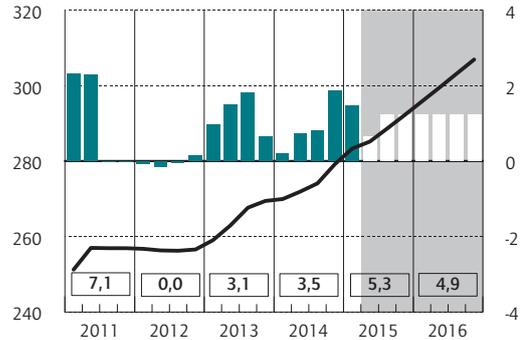
Konsumausgaben der privaten Haushalte



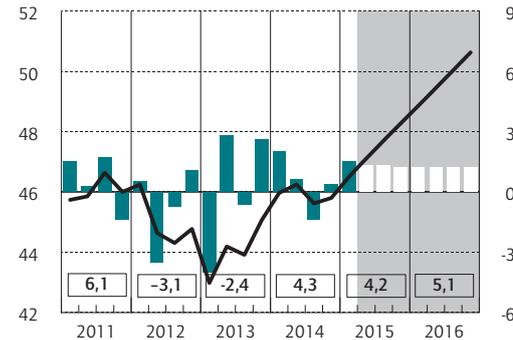
Exporte



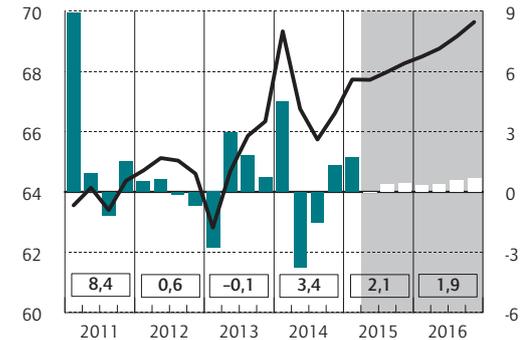
Importe



Ausrüstungsinvestitionen



Bauinvestitionen



— Verkettete Volumenangaben in Milliarden Euro (linke Skala)
 ■ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent (rechte Skala)
 □ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (Ursprungswerte)

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab zweitem Quartal 2015.

© DIW Berlin 2015

gesichts der schleppenden Verhandlungen mit der griechischen Regierung. Hinzu kommen die EU-skeptische Haltung Großbritanniens, die anhaltenden Spannungen mit Russland sowie die unerwartet deutliche Abkühlung der chinesischen Wirtschaft. In Relation zum

Bruttoinlandsprodukt dürften die Investitionen weiter unter ihrem Vorkrisenniveau bleiben.

Der private Verbrauch wird weiterhin maßgeblich zum Wachstum beitragen, denn die Beschäftigung wird nach

Tabelle 2

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent, saison- und kalenderbereinigt

	2014				2015				2016			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,8	0,0	0,7	0,7	0,6	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Öffentliche Konsumausgaben	0,0	0,7	0,6	0,3	0,7	0,0	0,2	0,4	0,3	0,3	0,2	0,5
Bruttoanlageinvestitionen	3,0	-1,7	-1,2	0,8	1,5	0,5	0,7	0,7	0,6	0,7	0,8	0,8
Ausrüstungen	2,0	0,6	-1,4	0,4	1,5	1,3	1,3	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2
Bauten	4,5	-3,7	-1,5	1,3	1,7	0,0	0,4	0,4	0,3	0,4	0,6	0,7
Sonstige Investitionen	0,8	0,1	0,2	0,2	0,7	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Lagerveränderung ¹	-0,2	-0,1	-0,5	0,4	-0,3	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,9	-0,3	-0,3	1,1	0,5	0,2	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Außenbeitrag ¹	-0,1	0,2	0,4	-0,3	-0,2	0,3	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Export	0,1	1,0	1,5	1,0	0,8	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2
Import	0,2	0,7	0,8	1,9	1,5	0,6	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2
Bruttoinlandsprodukt	0,8	-0,1	0,1	0,7	0,3	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4

¹ Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab zweitem Quartal 2015.

© DIW Berlin 2015

wie vor aufgebaut – wenngleich mit etwas nachlassendem Tempo. Die Arbeitslosenquote wird weiter sinken, auf 6,4 Prozent in diesem Jahr und 6,2 Prozent im kommenden Jahr (Tabelle 4). Die Löhne dürften in diesem Umfeld etwas kräftiger zulegen als zuletzt. Allerdings hat die Teuerung im Frühjahr wieder angezogen; die Realeinkommen entwickeln sich daher schwächer als im Winterhalbjahr, als der Ölpreisverfall die Kaufkraft der Verbraucher gestärkt hatte. Die Inflation dürfte in diesem Jahr bei 0,6 Prozent liegen, im nächsten Jahr bei 1,2 Prozent.

Die dynamische Binnenkonjunktur wird die Importe anschieben, so dass vom Außenhandel per Saldo nur geringe Impulse ausgehen. Nominal dürften die Überschüsse aber aufgrund der ölpreisbedingt niedrigen Importpreise erheblich sein; der Überschuss der Leistungsbilanz wird mit knapp achteinhalb Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in diesem und im kommenden Jahr auf hohem Niveau verharren.

Die Finanzpolitik ist in diesem Jahr expansiv und im nächsten Jahr in etwa neutral ausgerichtet. Die öffentlichen Haushalte entwickeln sich nach wie vor günstig.² Vor allem wegen höherer Ausgaben wird der Überschuss aber niedriger ausfallen als im vergangenen Jahr. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt liegt er in diesem und im kommenden Jahr bei 0,5 Prozent.³

² Vgl. den Bericht zur Finanzpolitik in dieser Ausgabe.³ Die Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen sind in dieser Prognose noch nicht berücksichtigt.

Tabelle 3

Annahmen dieser Prognose

		2014	2015	2016
EZB-Leitzins	Prozent	0,16	0,05	0,05
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	0,2	0,0	0,0
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	1,8	1,0	1,3
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	1,2	0,6	0,9
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,32	1,11	1,11
Tarifliche Stundenlöhne	Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent			
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	99,4	63,4	68,6
Erdölpreis	Euro/Barrel	75,0	57,0	61,7

© DIW Berlin 2015

Im Jahresdurchschnitt dürfte das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 1,8 Prozent höher liegen als im vergangenen Jahr. Damit fällt der prognostizierte Zuwachs im Jahresdurchschnitt geringer aus als bislang erwartet; in den Frühjahrsgrundlinien 2015 hatte das DIW Berlin noch ein Wachstum von 2,2 Prozent prognostiziert.⁴ Ursächlich hierfür ist die unerwartet schwache Produktionsentwicklung im ersten Quartal; die Entwicklung im

⁴ Vgl. Fichtner, F. et al. (2015): Frühjahrsgrundlinien 2015. DIW Wochenbericht Nr. 11/2015.

Tabelle 4

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	3,6	0,4	0,1	1,6	1,8	1,9
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	41 570	42 033	42 281	42 638	42 839	43 022
Erwerbslose, ILO (1 000 Personen)	2 398	2 223	2 182	2 092	1 974	1 914
Arbeitslose, BA (1 000 Personen)	2 976	2 897	2 950	2 898	2 783	2 719
Erwerbslosenquote, ILO ²	5,8	5,4	5,2	5,0	4,7	4,5
Arbeitslosenquote, BA ²	7,1	6,8	6,9	6,7	6,4	6,2
Verbraucherpreise ³ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	2,1	2,0	1,5	0,9	0,6	1,2
Lohnstückkosten ⁴ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	0,4	3,1	2,2	1,6	1,6	1,7
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
In Milliarden Euro	-23,3	2,6	4,2	18,5	14,1	15,8
In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)	-0,9	0,1	0,1	0,6	0,5	0,5
Leistungsbilanzsaldo in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)	6,1	6,8	6,5	7,6	8,4	8,4

1 In Preisen des Vorjahres.

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) beziehungsweise die zivilen Erwerbspersonen (BA).

3 Verbraucherpreisindex.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

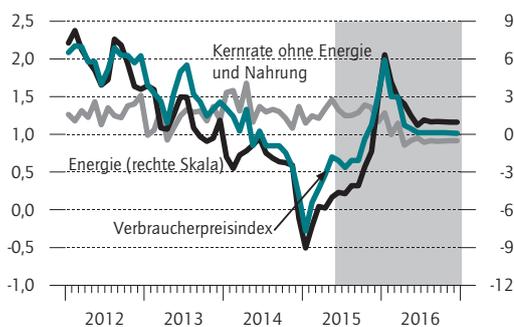
Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin; 2014 bis 2016: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Abbildung 4

Teuerungsraten nach dem Verbraucherpreisindex

In Prozent gegenüber dem Vorjahr



Quellen: Destatis; Berechnungen des DIW Berlin; Schätzung für Mai 2015, ab Juni 2015 Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Seit dem Frühjahr ziehen die Verbraucherpreise wieder etwas an.

weiteren Verlauf wird in der hier vorgelegten Prognose in etwa gleich eingeschätzt wie in den Frühjahrsgroßlinien. Im Jahr 2016 dürfte die Wirtschaftsleistung um voraussichtlich 1,9 Prozent steigen. Die Produktionslücke liegt im Durchschnitt des laufenden Jahres bei -0,4 Prozent und dürfte sich zu Beginn nächsten Jahres schließen. Im Durchschnitt des kommenden Jahres sind die Kapazitäten in etwa normal ausgelastet.

Inflation legt nur leicht zu

Die Verbraucherpreise sind im Winterhalbjahr gesunken. Ursächlich war in erster Linie der drastische Einbruch der Rohölpreise, der zunächst vor allem auf die Energiekosten, etwa die Benzinpreise, durchgeschlagen hat. Der direkte und quantitativ bedeutsamste dämpfende Effekt auf die Teuerung klingt aber bereits ab: Seit Frühjahr haben die Energiepreise und damit die Verbraucherpreise insgesamt wieder angezogen (Abbildung 4). Allerdings sind die Preise für Energie nach wie vor niedrig. Die damit einhergehende Kostenersparnis dürften die Unternehmen bislang nur in geringem Maß an nachgelagerte Produktionsstufen sowie die Verbraucher weitergegeben haben. Dies werden sie aber allmählich, wenn auch nur zum Teil, nachholen, wodurch der Preisaufruf im späteren Verlauf gedämpft wird (Abbildung 5).

Andererseits werden angesichts der regen Konsumnachfrage viele Anbieter versuchen, höhere Kosten an die Verbraucher weiterzugeben. So verteuert in diesem Jahr die deutliche Abwertung Güter und Dienstleistungen mit hohem Importanteil. Hinzu kommen insgesamt kräftige Lohnzuwächse. Die Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns macht sich in einigen Branchen und Regionen bei den Preisen bemerkbar; insgesamt wird dieser Effekt aber wohl nicht groß sein. Damit dürfte die Inflation ohne Energie in diesem Jahr bei 1,3 Prozent liegen, im kommenden Jahr bei 1,1 Prozent.

Insgesamt ist die Inflationsrate mit 0,6 Prozent in diesem Jahr niedrig, denn die Energiepreise sind im Vorjahresvergleich rückläufig. Im kommenden Jahr fällt der direkte Effekt der gesunkenen Energiepreise annahmegemäß weg: die Rohöl-Futures zeigen für den weiteren Verlauf steigende Ölpreise an. Die Inflationsrate liegt dann bei 1,2 Prozent.

Weiter anhaltender Beschäftigungsaufbau

Die günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat sich fortgesetzt. Die Beschäftigung nimmt weiter zu und die Arbeitslosigkeit vermindert sich. Das Erwerbspersonenpotential, das sich in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres nur noch mit vermindertem Tempo aufgebaut hatte, verringerte sich zuletzt. Dabei machte sich bemerkbar, dass die Zahl der inländischen Erwerbspersonen zurückging, nicht zuletzt wegen der „Rente mit 63“. Die Zuzüge von Arbeitskräften aus der EU haben hingegen weiter zugenommen, wenngleich in abnehmendem Maße.⁵ Der seit Mitte 2013 anschwellende Zustrom von Asylsuchenden führt dazu, dass – nach Abschluss der sich über mehrere Monate hinziehenden Anerkennungsverfahren – nunmehr eine wachsende Zahl an Flüchtlingen nach und nach dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht.

Bei den Erwerbstätigen hat sich die Strukturverschiebung fortgesetzt. Während die Zahl der Arbeitnehmer weiter zulegte, hat die der Selbständigen abgenommen (Tabelle 5). Angesichts der günstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt wird offenbar eine abhängige Beschäftigung einer oft mit geringem und unstemem Einkommen verbundenen selbständigen Beschäftigung vorgezogen. Bei den Arbeitnehmern wird vor allem die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausgeweitet, während die Zahl der Mini-Jobs seit Herbst letzten Jahres erheblich abnimmt. Das dürfte eine Folge der Einführung des allgemeinen Mindestlohns sein, durch den Mini-Jobs an Attraktivität verloren haben. Wahrscheinlich dürften manche der weggefallenen Mini-Jobs durch sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse substituiert worden sein. In welchem Maße die Festlegung einer Lohnuntergrenze zum Abbau von Beschäftigung geführt hat, lässt sich anhand der derzeit verfügbaren Daten nicht abschätzen; einen starken Beschäftigungseinbruch hat es aber nicht gegeben.

In diesem Jahr wird sich der Beschäftigungsaufbau weiter fortsetzen (Abbildung 6), wenngleich mit etwas geringerem Tempo. Dies reicht aber aus, um die

⁵ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Statistik (2015): Hintergrundinformation. Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der EU-Schuldenkrise auf den deutschen Arbeitsmarkt. Berichtsmonat März 2015, Nürnberg, Mai.

Abbildung 5

Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz Index 2010 = 100



Quelle: Destatis.

© DIW Berlin 2015

Die Erzeugerpreise stagnieren seit einigen Jahren und waren zuletzt sogar rückläufig.

Tabelle 5

Arbeitsmarktbilanz In Millionen Personen

	2012	2013	2014	2015	2016
Erwerbstätige im Inland	42,03	42,28	42,64	42,84	43,02
Selbstständige und mithelf. Familienangehörige	4,54	4,46	4,40	4,33	4,32
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ¹	29,36	29,73	30,22	30,74	31,09
Beamte, Richter, Zeit- und Berufssoldaten	1,89	1,89	1,90	1,91	1,91
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (Minijobber)	4,98	5,02	5,03	4,84	4,69
Sonstige	1,26	1,19	1,09	1,02	1,01
+/- Pendler, Beschäftigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes bzw. im Ausland etc.	-0,05	-0,06	-0,05	-0,06	-0,06
Erwerbstätige Inländer	41,98	42,23	42,58	42,78	42,96
Erwerbslose	2,22	2,18	2,11	1,97	1,91
Erwerbspersonen	44,20	44,41	44,70	44,75	44,88
<i>Nachrichtlich:</i>					
Arbeitslose	2,90	2,95	2,90	2,78	2,72
Arbeitslosenquote BA ² – in Prozent	6,8	6,9	6,7	6,4	6,2
Arbeitslosenquote SGB ³ – in Prozent	9,0	9,0	8,8	8,7	8,4
Erwerbslosenquote VGR ⁴ – in Prozent	5,0	4,9	4,7	4,4	4,3
Erwerbslosenquote ILO-Statistik – in Prozent	5,4	5,2	5,0	4,7	4,5
Erwerbstätige am Wohnort nach ILO	39,02	39,41	39,74	40,02	40,19

¹ Bis 2011 einschl. Personen im Freiwilligendienst.

² Registrierte Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

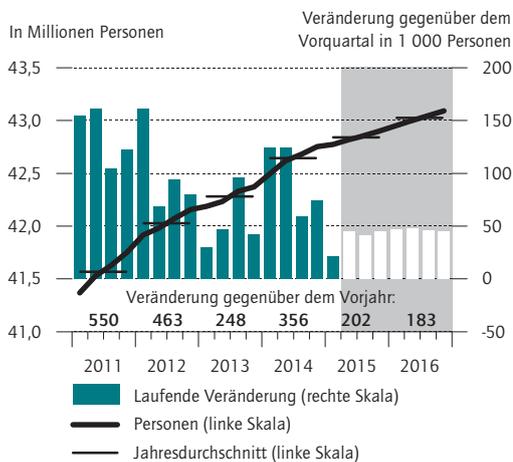
³ Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.

⁴ Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Abbildung 6

Erwerbstätige

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Der Beschäftigungsaufbau setzt sich nach einem Dämpfer zum Jahreswechsel 2014/15 fort.

Arbeitslosigkeit weiter zu verringern, obwohl das Erwerbspersonenpotential – im Wesentlichen wendungsbedingt – wieder etwas zunimmt. Im Jahr 2016 dürfte die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ähnlich verlaufen, wobei der Beschäftigungsaufbau leicht an Fahrt gewinnt. Die je Kopf geleisteten Arbeitszeiten dürften etwas ausgeweitet werden – auch deshalb, weil die Mini-Jobs weiter an Bedeutung verlieren; zudem dürfte sich wegen der guten Arbeitsmarktlage unfreiwillige Teilzeitarbeit weiter reduzieren.

Trotz der Einführung des allgemeinen Mindestlohns war der Lohnanstieg gesamtwirtschaftlich zuletzt nur gering. Das hängt damit zusammen, dass sich der Anstieg der Tarifverdienste zuletzt deutlich abgeschwächt hat. Angesichts der weiter anziehenden Beschäftigung und der jüngsten Tarifabschlüsse dürften sich die Lohnsteigerungen im laufenden Jahr aber wieder beschleunigen. Im nächsten Jahr wird sich der Lohnauftrieb mit etwas höherem Tempo fortsetzen.

Privater Verbrauch trägt Wachstum

Die privaten Haushalte haben ihren Konsum in den vergangenen Quartalen kräftig ausgeweitet. Der Konsum wird stetig, wenngleich mit geringeren Raten, zunehmen. Zuletzt machten sich Sondereffekte bemerkbar. Die mit den Rentenausweitungen ab Mitte vergange-

nen Jahres verbundenen Leistungsausweitungen wurden wohl schwerpunktmäßig erst im Winterhalbjahr gewährt und führten auch zu Nachzahlungen. Noch mehr fiel ins Gewicht, dass es im Winterhalbjahr einen kaufkraftsteigernden Effekt infolge der niedrigen Energiepreise gab.

Auch ohne diese Effekte wird der private Verbrauch weiter merklich zulegen – dies signalisieren auch die gute Konsumentenstimmung und die Lageeinschätzungen etwa der Einzelhändler. Die Teuerung nimmt nur wenig zu und dämpft die dynamisch steigenden nominalen Einkommen kaum. Insbesondere die Lohnsumme legt kräftig zu: Die Beschäftigung wird weiter aufgebaut und die Löhne steigen, auch aufgrund des Mindestlohns, spürbar. Wegen der progressionsbedingt stärker steigenden Lohnsteuer fällt der Zuwachs netto geringer, aber immer noch kräftig aus. Auch die monetären Sozialleistungen legen merklich zu, obwohl wegen der guten Arbeitsmarktlage weniger Zahlungen an Arbeitslose anfallen. Das Kindergeld wird erhöht und die Renten steigen in beiden Jahren kräftig – in diesem Jahr, weil die Leistungsausweitungen bei der Mütterrente und die „Rente mit 63“ erstmals für das volle Jahr gelten; im kommenden Jahr, weil die übliche Rentenanpassung hoch ausfallen wird. Hinzu kommt, dass auch die Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte zulegen. Insgesamt steigen die nominal verfügbaren Einkommen um 2,6 und 2,4 Prozent und damit deutlich stärker als die Teuerung. Bei im Verlauf nur noch leicht rückläufiger Sparquote – die privaten Haushalte dürften im laufenden Quartal noch einen Teil der energiepreisbedingten Einsparungen verausgaben – wird der private Verbrauch kräftig zulegen. Vor allem im Jahresdurchschnitt 2015 fällt das Plus hoch aus, da die vorübergehenden Energiepreisschwünge die Kaufkraft stärken. Alles in allem bleibt der Konsum der Treiber für die deutsche Konjunktur.

Investitionen werden moderat ausgeweitet

Die Unternehmen haben ihre Ausrüstungsinvestitionen zuletzt deutlich ausgeweitet. Dazu dürfte beigetragen haben, dass sich die Aussichten für die deutschen Exporteure aufgehellt haben, denn mit dem Euroraum erholt sich der wichtigste deutsche Absatzmarkt derzeit recht kräftig. Neben den ohnehin günstigen externen Finanzierungskonditionen sind auch die Innenfinanzierungsmöglichkeiten deutscher Unternehmen insgesamt hervorragend, zuletzt zusätzlich befördert durch die ölpreisbedingt niedrigen Kosten.

Kräftige Zuwächse deuten sich indes nicht an: Umsätze und Neuaufträge inländischer Investitionsgüter folgen – unter großen Schwankungen – einem nur schwa-

chen Aufwärtstrend und die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe liegt nur leicht über dem langjährigen Durchschnitt. Trotz des jüngsten Rückgangs bleibt die Unsicherheit hoch: Die zähen Verhandlungen mit der griechischen Regierung und die EU-Skepsis Großbritanniens schüren Sorgen vor einer ungünstigen Entwicklung des gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsraums, das politische Verhältnis zu Russland bleibt angespannt und die konjunkturellen Auswirkungen des wirtschaftlichen Reformkurses in China sind kaum vorhersagbar.

Die Bauinvestitionen bleiben insgesamt weiter aufwärtsgerichtet (Tabelle 6). Nach dem witterungsbedingt starken Jahresauftakt dürfte die übliche Frühjahrsschwäche schwächer ausfallen; die Bauinvestitionen werden im zweiten Vierteljahr wohl stagnieren. Die Rahmenbedingungen bleiben aber günstig, vor allem für den Wohnungsbau. Die positive Einkommensentwicklung bei den privaten Haushalten und die Arbeitsmarktlage sprechen dafür, dass das derzeit nach wie vor günstige Baugeld weiterhin zur Ausweitung der Investitionen in den Wohnungsbau genutzt wird. Allerdings wird sich der Aufwärtstrend wohl abschwächen. Die Zinsen für Wohnungsbaukredite haben seit April leicht angezogen, und die Renditen für Hypothekendarlehen deuten darauf hin, dass sich der Zinsanstieg in den kommenden Monaten weiter beschleunigt.⁶ Zudem flachen sich die Baugenehmigungen seit Mitte 2013 im Trend ab. Auch die Geschäftserwartungen für den Wohnungsbau haben sich eingetrübt. Im Wirtschaftsbau dürfte die Dynamik nach dem starken Jahresauftakt eher verhalten sein. Die Bauinvestitionen des Staates profitieren hingegen von der guten Kassenlage der öffentlichen Haushalte, auch auf kommunaler Ebene. Gleichwohl dürften sie erst ab dem Jahresende 2015 Fahrt aufnehmen, wenn zusätzliche Investitionen realisiert werden – zunächst in den Kitaausbau und dann zunehmend im Rahmen der geplanten Aufstockung der Infrastrukturausgaben.

Erholung im Euroraum und Abwertung stützen Exporte

Die deutschen Exporte haben im Zuge der schwachen weltwirtschaftlichen Entwicklung zum Jahresauftakt nur leicht zugelegt. Die Ausfuhren nach Asien, insbesondere nach China, und in die unter wegbrechenden Einnahmen aus dem Erdölgeschäft leidenden OPEC-Staaten sind sogar zurückgegangen (Abbildung 7). Die

⁶ Hypothekendarlehen dienen der Refinanzierung von Baudarlehen und sind damit ein guter Indikator für die Entwicklung der Zinsen für Wohnungsbaukredite. Sie haben einen Vorlauf von etwa zwei Monaten. Die derzeitigen Veränderungen der Renditen von Hypothekendarlehen signalisieren stärkere Zinssteigerungen beim Baugeld in den Sommermonaten.

Tabelle 6

Reale Bauinvestitionen (Veränderung)

In Prozent

	2014	2012	2013	2014	2015	2016
	Anteile in Prozent		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr			
Wohnungsbau	59,3	3,3	0,6	3,8	1,9	1,8
Nichtwohnungsbau	40,7	-2,9	-1,0	2,7	2,4	2,2
Gewerblicher Bau	28,7	-0,9	-2,1	2,2	3,4	1,5
Öffentlicher Bau	12,0	-7,7	1,6	3,9	0,0	4,1
Bauinvestitionen	100,0	0,6	-0,1	3,4	2,1	1,9

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

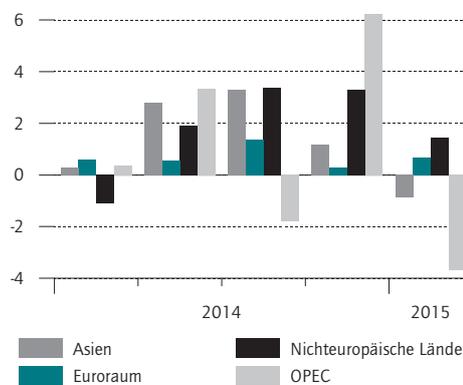
© DIW Berlin 2015

schwache Entwicklung in den Schwellenländern wird sich auch im laufenden Quartal noch etwas dämpfend bemerkbar machen, worauf die Entwicklung wichtiger Frühindikatoren hinweist – etwa die Exporterwartungen oder die zuletzt nur schwachen Importe von Vorleistungsgütern. Alles in allem dürften die Ausfuhren aber kräftiger als im ersten Quartal zulegen, denn die Weltkonjunktur nimmt etwas Fahrt auf und mit dem Euroraum entwickelt sich der wichtigste deutsche Absatzmarkt derzeit recht kräftig; darauf deuten auch die

Abbildung 7

Deutsche Ausfuhren nach Regionen

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent, saisonbereinigt



Quellen: Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

Die Ausfuhren in den Euroraum haben weiter zugenommen, der Zuwachs der Exporte in die nichteuropäischen Länder war aber stärker.

Warenexporte hin, die im April deutlich ausgeweitet wurden. Hinzu kommt die deutliche Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit, die sich verzögert in zusätzlicher Nachfrage bemerkbar machen dürfte.

Die Importe haben im ersten Quartal kräftig zugelegt. Neben vermehrten Investitionsgütereinfuhren, die von der Erholung bei den Ausrüstungsinvestitionen profitiert haben dürften, nahm auch der Import von Gütern zu, die im Zuge des merklichen Konsumzuwachses von den Verbrauchern nachgefragt wurden. Der Anstieg beim Konsum wird zwar im Verlauf nicht mehr ganz so dynamisch ausfallen, aber die Importe dürften weiterhin von der regen Binnenkonjunktur profitieren, auch wenn die Warenimporte im April für das zweite Quartal nach dem starken Jahresbeginn auf eine schwächere Importtätigkeit hinweisen.

Im laufenden Quartal wird der Außenhandel wohl einen spürbaren Wachstumsimpuls geben. Die deutliche Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit dürfte den Ausfuhren vorübergehend Schub verleihen. Im weiteren Verlauf dürften den Exportzuwächsen aber etwas dynamischere Importe gegenüber stehen, so dass

der Expansionsbeitrag des Außenhandels im Verlauf nur leicht positiv ausfällt.

Die Ölpreise sind bis in das erste Quartal hinein massiv eingebrochen, haben aber im zweiten Quartal bereits einen Teil dieses Rückgangs wettgemacht. Entsprechend haben sich die Einfuhrpreise entwickelt. Annahmegemäß steigen die Ölpreise im Prognosezeitraum weiter, so dass die Importpreise im späteren Verlauf moderat zunehmen. Die höheren Aufwendungen für Importe werden zu einem Teil überwältigt, so dass auch die Exportpreise etwas anziehen. Aufgrund des starken Rückgangs der Einfuhrpreise im ersten Quartal verbessern sich die Terms of Trade in diesem Jahr deutlich, um rund zwei Prozent. Im kommenden Jahr verschlechtern sie sich dann aber etwas. In diesem Jahr dürfte die Leistungsbilanz auf knapp achteinhalb Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt anschwellen; zu diesem Anstieg tragen vor allem die niedrigen Importpreise bei. Im nächsten Jahr verharrt der Leistungsbilanzsaldo auf diesem Niveau. Zwar fällt der Ölpreiseffekt weg, der Außenhandel trägt aber dafür stärker als in diesem Jahr zum Wachstum bei.

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Guido Baldi ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Franziska Bremus ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Referent beim Vorstand des DIW Berlin

Christian Dreger ist Forschungsdirektor International Economics am DIW Berlin

Hella Engerer ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Christoph Große Steffen ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Simon Junker ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Claus Michelsen ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Katharina Pijnenburg ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Maximilian Podstawski ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Malte Rieth ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Kristina van Deuverden ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

UPSWING OF GERMAN ECONOMY PREVAILS

Abstract: The German economy is continuing on an upward trend. Due to surprisingly weak production at the start of this year, GDP is likely to increase by 1.8 percent and is therefore growing somewhat slower this year than previously predicted. Growth of 1.9 percent is still expected for the coming year.

After an unexpectedly weak first quarter, the global economy is expected to regain momentum as the year progresses. While growth in the emerging economies increased only slowly, both cyclically and structurally, recovery will primarily be driven by positive consumer spending in industrialized countries. With low inflation and an improving labor market situation in those countries, household income and purchasing power are likely to increase. The global economy's average annual growth rate is predicted to reach 3.5 percent in 2015 and 4.0 percent in

2016. Inflation is expected to remain at two percent this year and increase to three percent next year.

Germany's strong domestic economy is driving growth. Most recently, additional social benefits and, above all, low inflation temporarily boosted real incomes; nevertheless, consumer spending will increase substantially going forward due to favorable developments in the labor market. Companies are moderately expanding their investment in equipment; however, uncertainties related to the crisis in the euro area, geopolitical tensions, and concerns about economic development in important emerging countries have a dampening effect. Exports are benefiting from the global economic recovery and temporarily also from the depreciation of the euro; overall, the stimulus from net foreign trade is likely to be modest.

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2015 und 2016

	2014	2015	2016	2014		2015		2016	
					2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	0,8	0,5	0,4	0,8	0,9	0,6	0,4	0,4	0,4
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,5	-0,6	-0,2	1,1	-0,1	0,1	-1,3	-1,0	0,7
Arbeitstage	0,1	0,9	0,4	-0,3	0,6	0,0	1,8	1,6	-0,8
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	1,5	0,8	0,6	1,6	1,4	0,7	1,0	1,0	0,3
Produktivität ¹	0,1	1,0	1,2	0,2	0,0	0,7	1,2	1,3	1,2
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,8	1,9	1,8	1,4	1,3	2,2	2,3	1,5
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Mrd. Euro									
Konsumausgaben	2 166,6	2 231,4	2 297,6	1 055,5	1 111,1	1 087,3	1 144,1	1 122,6	1 175,0
Private Haushalte ²	1 604,3	1 646,3	1 687,0	782,7	821,6	803,6	842,7	826,6	860,5
Staat	562,3	585,1	610,6	272,8	289,5	283,6	301,4	296,0	314,5
Anlageinvestitionen	581,3	604,5	629,6	280,6	300,7	286,6	317,9	301,0	328,6
Ausrüstungen	185,6	193,3	203,6	88,7	96,9	90,3	103,0	96,1	107,5
Bauten	293,6	305,2	315,9	142,3	151,4	144,8	160,4	151,5	164,4
Sonstige Anlageinvestitionen	102,1	106,0	110,1	49,6	52,5	51,4	54,6	53,4	56,7
Vorratsveränderung ³	-30,6	-41,7	-43,5	-1,3	-29,3	-10,0	-31,7	-12,6	-30,9
Inländische Verwendung	2 717,3	2 794,2	2 883,7	1 334,8	1 382,4	1 363,9	1 430,3	1 411,1	1 472,7
Außenbeitrag	186,5	215,8	221,3	92,6	94,0	108,7	107,0	114,2	107,2
Exporte	1 325,0	1 408,7	1 497,1	648,9	676,1	684,9	723,9	733,9	763,2
Importe	1 138,5	1 193,0	1 275,8	556,4	582,1	576,1	616,8	619,8	656,0
Bruttoinlandsprodukt	2 903,8	3 010,0	3 105,1	1 427,4	1 476,4	1 472,6	1 537,4	1 525,2	1 579,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	2,6	3,0	3,0	2,5	2,6	3,0	3,0	3,3	2,7
Private Haushalte ²	2,1	2,6	2,5	2,0	2,1	2,7	2,6	2,9	2,1
Staat	3,9	4,0	4,4	3,9	3,9	4,0	4,1	4,4	4,3
Anlageinvestitionen	4,6	4,0	4,1	6,6	2,7	2,1	5,7	5,0	3,3
Ausrüstungen	4,3	4,2	5,3	5,6	3,2	1,8	6,3	6,4	4,4
Bauten	5,2	4,0	3,5	8,6	2,2	1,8	6,0	4,6	2,5
Sonstige Anlageinvestitionen	3,3	3,9	3,9	3,2	3,4	3,7	4,0	3,9	3,8
Inländische Verwendung	2,7	2,8	3,2	3,4	2,0	2,2	3,5	3,5	3,0
Exporte	3,5	6,3	6,3	2,6	4,4	5,5	7,1	7,2	5,4
Importe	1,9	4,8	6,9	1,8	2,1	3,5	6,0	7,6	6,4
Bruttoinlandsprodukt	3,4	3,7	3,2	3,7	3,0	3,2	4,1	3,6	2,8
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt									
a) Verkettete Volumina in Mrd. Euro									
Konsumausgaben	2 030,5	2 070,3	2 097,2	994,3	1 036,2	1 016,1	1 054,2	1 031,5	1 065,7
Private Haushalte ²	1 517,7	1 549,0	1 569,6	741,3	776,4	758,0	791,1	770,5	799,1
Staat	512,9	521,3	527,7	253,0	259,9	258,0	263,3	260,9	266,8
Anlageinvestitionen	544,8	559,5	576,2	263,3	281,5	265,4	294,2	275,6	300,6
Ausrüstungen	182,9	190,5	200,3	87,0	95,8	88,6	101,9	94,1	106,2
Bauten	267,1	272,8	278,1	129,9	137,3	129,8	143,0	133,7	144,4
Sonstige Anlageinvestitionen	94,7	96,4	98,3	46,2	48,5	46,9	49,5	47,9	50,4
Inländische Verwendung	2 543,1	2 587,2	2 629,6	1 257,2	1 285,9	1 273,8	1 313,4	1 297,5	1 332,1
Exporte	1 275,5	1 338,4	1 404,9	625,4	650,2	653,3	685,1	690,5	714,4
Importe	1 092,8	1 150,7	1 207,6	532,8	560,0	559,0	591,7	588,3	619,3
Bruttoinlandsprodukt	2 724,7	2 773,6	2 825,8	1 349,3	1 375,4	1 367,4	1 406,2	1 399,0	1 426,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	1,1	2,0	1,3	0,9	1,3	2,2	1,7	1,5	1,1
Private Haushalte ²	1,1	2,1	1,3	1,0	1,3	2,3	1,9	1,7	1,0
Staat	1,2	1,6	1,2	0,8	1,5	2,0	1,3	1,1	1,3
Anlageinvestitionen	3,3	2,7	3,0	5,3	1,4	0,8	4,5	3,9	2,2
Ausrüstungen	4,3	4,2	5,1	5,6	3,2	1,8	6,4	6,2	4,2
Bauten	3,4	2,1	1,9	6,7	0,4	-0,1	4,2	3,0	1,0
Sonstige Anlageinvestitionen	1,2	1,8	2,0	1,2	1,2	1,4	2,1	2,0	2,0
Inländische Verwendung	1,3	1,7	1,6	2,0	0,7	1,3	2,1	1,9	1,4
Exporte	3,8	4,9	5,0	3,2	4,3	4,5	5,4	5,7	4,3
Importe	3,5	5,3	4,9	3,7	3,2	4,9	5,7	5,2	4,7
Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,8	1,9	1,8	1,4	1,3	2,2	2,3	1,5

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2015 und 2016

	2014	2015	2016	2014		2015		2016	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	0,9	0,5	1,1	1,1	0,8	0,4	0,7	1,2	1,1
Konsumausgaben des Staates	2,7	2,4	3,1	3,0	2,4	1,9	2,8	3,2	3,0
Anlageinvestitionen	1,2	1,3	1,1	1,2	1,3	1,3	1,2	1,1	1,1
Ausrüstungen	0,0	0,0	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,2
Bauten	1,8	1,8	1,5	1,8	1,8	1,9	1,7	1,5	1,5
Exporte	-0,3	1,3	1,3	-0,6	0,0	1,0	1,6	1,4	1,1
Importe	-1,5	-0,5	1,9	-1,8	-1,1	-1,3	0,3	2,2	1,6
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,8	1,3	1,8	1,6	1,8	1,8	1,2	1,3
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Mrd. Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 065,8	2 129,4	2 189,5	1 014,3	1 051,5	1 047,6	1 081,8	1 081,7	1 107,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	271,2	281,9	292,6	131,3	139,9	136,4	145,5	141,9	150,7
Bruttolöhne und -gehälter	1 210,8	1 256,7	1 303,9	577,3	633,4	598,4	658,3	622,2	681,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	583,8	590,8	593,0	305,6	278,2	312,8	278,0	317,6	275,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	403,1	440,1	467,3	190,7	212,4	200,0	240,1	211,3	256,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 468,9	2 569,5	2 656,8	1 205,0	1 263,9	1 247,6	1 321,8	1 293,0	1 363,8
Abschreibungen	513,0	524,3	535,9	255,3	257,6	261,1	263,2	266,9	269,1
Bruttonationaleinkommen	2 981,8	3 093,8	3 192,7	1 460,3	1 521,5	1 508,7	1 585,0	1 559,9	1 632,8
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	2 181,4	2 276,9	2 353,3	1 062,9	1 118,5	1 101,2	1 175,7	1 142,7	1 210,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	699,5	738,3	756,8	354,2	345,2	366,3	372,0	378,6	378,2
Arbeitnehmerentgelt	1 482,0	1 538,6	1 596,5	708,7	773,3	734,9	803,8	764,1	832,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2,7	3,1	2,8	2,6	2,8	3,3	2,9	3,3	2,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,2	4,0	3,8	3,2	3,2	3,9	4,0	4,0	3,6
Bruttolöhne und -gehälter	3,9	3,8	3,8	3,9	3,8	3,7	3,9	4,0	3,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,1	1,2	0,4	-0,1	0,3	2,3	-0,1	1,6	-0,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	9,5	9,2	6,2	14,1	5,7	4,9	13,0	5,6	6,6
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,7	4,1	3,4	4,2	3,3	3,5	4,6	3,6	3,2
Abschreibungen	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2	2,2
Bruttonationaleinkommen	3,5	3,8	3,2	3,9	3,1	3,3	4,2	3,4	3,0
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	3,9	4,4	3,4	4,5	3,3	3,6	5,1	3,8	3,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	4,1	5,5	2,5	5,9	2,4	3,4	7,7	3,4	1,7
Arbeitnehmerentgelt	3,8	3,8	3,8	3,8	3,7	3,7	3,9	4,0	3,6
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte									
a) Mrd. Euro									
Masseneinkommen	1 213,5	1 256,1	1 299,0	584,2	629,4	604,6	651,5	625,1	673,9
Nettolöhne- und -gehälter	805,3	833,7	862,1	380,4	424,9	392,9	440,8	408,2	453,9
Monetäre Sozialleistungen	503,9	520,8	537,7	251,1	252,9	260,3	260,5	266,8	271,0
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	95,7	98,4	100,8	47,3	48,4	48,7	49,7	49,9	50,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	583,8	590,8	593,0	305,6	278,2	312,8	278,0	317,6	275,4
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-75,1	-79,5	-81,5	-36,6	-38,5	-39,7	-39,8	-40,7	-40,8
Verfügbares Einkommen	1 722,2	1 767,4	1 810,6	853,2	869,0	877,6	889,7	902,1	908,5
<i>Nachrichtlich:</i>									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	48,3	49,3	50,4	23,8	24,4	24,4	25,0	24,9	25,5
Konsumausgaben	1 604,3	1 646,3	1 687,0	782,7	821,6	803,6	842,7	826,6	860,5
Sparen	166,2	170,4	173,9	94,3	71,8	98,4	72,0	100,4	73,6
Sparquote in Prozent ⁷	9,4	9,4	9,3	10,8	8,0	10,9	7,9	10,8	7,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	3,2	3,5	3,4	3,0	3,5	3,5	3,5	3,4	3,4
Nettolöhne- und -gehälter	3,6	3,5	3,4	3,7	3,5	3,3	3,7	3,9	3,0
Monetäre Sozialleistungen	2,4	3,3	3,3	1,4	3,5	3,7	3,0	2,5	4,0
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	2,2	2,8	2,4	0,3	4,1	2,9	2,7	2,5	2,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,1	1,2	0,4	-0,1	0,3	2,3	-0,1	1,6	-0,9
Verfügbares Einkommen	2,4	2,6	2,4	2,3	2,6	2,9	2,4	2,8	2,1
Konsumausgaben	2,1	2,6	2,5	2,0	2,1	2,7	2,6	2,9	2,1
Sparen	5,9	2,5	2,1	4,3	8,1	4,2	0,3	2,1	2,1

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2015 und 2016

	2014	2015	2016	2014		2015		2016	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁸									
a) Mrd. Euro									
Einnahmen									
Steuern	659,2	682,9	705,2	327,9	331,3	341,9	341,1	350,6	354,6
direkte Steuern	345,1	360,1	373,8	172,8	172,3	182,0	178,1	186,5	187,2
indirekte Steuern	314,0	322,9	331,5	155,1	159,0	159,9	163,0	164,1	167,4
Nettosozialbeiträge	482,2	499,2	517,6	233,8	248,5	242,3	256,9	251,5	266,1
Vermögenseinkommen	23,5	20,8	20,9	14,9	8,7	11,9	8,9	12,0	8,9
Laufende Übertragungen	18,8	18,8	19,0	8,9	9,9	8,7	10,1	8,9	10,2
Vermögenstransfers	11,5	11,8	11,5	5,1	6,4	5,7	6,1	4,7	6,9
Verkäufe	99,4	103,1	106,5	46,7	52,7	48,6	54,5	50,2	56,3
Sonstige Subventionen	0,3	0,3	0,3	0,1	0,2	0,1	0,2	0,1	0,2
Insgesamt	1 295,0	1 336,9	1 381,1	637,4	657,7	659,2	677,7	677,9	703,2
Ausgaben									
Vorleistungen	135,0	139,8	144,4	61,8	73,1	64,3	75,5	66,4	78,0
Arbeitnehmerentgelte	224,1	230,4	238,9	107,8	116,3	110,4	120,0	114,5	124,4
Soziale Sachleistungen	239,8	252,9	266,8	118,4	121,4	124,8	128,1	131,7	135,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	50,9	47,3	45,2	26,2	24,7	23,6	23,7	22,6	22,7
Subventionen	26,5	30,3	28,0	12,9	13,6	13,4	16,9	13,8	14,2
Monetäre Sozialleistungen	451,4	467,4	483,6	224,8	226,6	233,6	233,8	239,8	243,8
Sonstige laufende Transfers	63,4	67,9	68,6	36,0	27,4	38,8	29,0	39,0	29,6
Bruttoinvestitionen	62,2	63,3	66,2	27,6	34,6	28,1	35,2	28,4	37,7
Vermögenstransfers	24,6	24,7	25,0	9,3	15,4	9,5	15,2	9,5	15,4
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	-1,4	-1,4	-1,4	-0,6	-0,8	-0,7	-0,8	-0,7	-0,8
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	1 276,6	1 322,8	1 365,3	624,2	652,4	646,0	676,8	665,1	700,2
Finanzierungssaldo	18,5	14,1	15,8	13,2	5,3	13,2	0,9	12,8	3,0
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	3,3	3,6	3,3	2,5	4,2	4,3	3,0	2,6	4,0
direkte Steuern	3,5	4,3	3,8	2,1	5,0	5,3	3,3	2,5	5,1
indirekte Steuern	3,1	2,8	2,7	2,9	3,3	3,1	2,5	2,6	2,7
Nettosozialbeiträge	3,6	3,5	3,7	3,5	3,8	3,6	3,4	3,8	3,6
Vermögenseinkommen	10,6	-11,5	0,4	27,0	-9,3	-19,8	2,8	0,6	0,0
Laufende Übertragungen	2,1	-0,3	1,4	0,0	4,1	-2,0	1,3	1,5	1,3
Vermögenstransfers	10,4	2,5	-2,1	6,0	14,1	11,4	-4,6	-17,7	12,4
Verkäufe	3,8	3,7	3,3	4,5	3,2	4,0	3,3	3,3	3,4
Sonstige Subventionen	-12,7	-3,9	0,0	-8,8	-15,7	-8,8	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	3,6	3,2	3,3	3,5	3,8	3,4	3,1	2,8	3,8
Ausgaben									
Vorleistungen	2,6	3,6	3,3	2,7	2,6	4,0	3,3	3,3	3,3
Arbeitnehmerentgelte	3,0	2,8	3,7	3,3	2,7	2,5	3,1	3,7	3,7
Soziale Sachleistungen	5,7	5,5	5,5	5,6	5,8	5,4	5,5	5,5	5,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-9,6	-7,1	-4,4	-9,6	-9,6	-10,0	-4,0	-4,4	-4,4
Subventionen	7,4	14,2	-7,6	7,3	7,5	4,1	23,8	2,6	-15,6
Monetäre Sozialleistungen	2,6	3,6	3,5	1,4	3,8	3,9	3,2	2,7	4,3
Sonstige laufende Transfers ⁹	1,3	4,5	0,7	2,3	-1,0	2,8	1,7	0,2	0,5
Bruttoinvestitionen	-0,9	1,8	4,5	11,5	-9,0	1,7	1,9	1,3	7,1
Vermögenstransfers ⁹	-0,2	0,1	0,2	-1,8	1,6	0,2	-0,1	0,1	0,2
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen ⁹	0,0	0,0	0,0	0,1	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Produktionsabgaben ⁹	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	2,5	3,6	3,2	2,6	2,4	3,5	3,7	3,0	3,5

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd. EUR.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.



Dr. Ferdinand Fichtner,
Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik
am DIW Berlin

ACHT FRAGEN AN FERDINAND FICHTNER

»Robustes Wachstum in schwierigem Umfeld«

1. Herr Fichtner, wird die deutsche Wirtschaft auch in der zweiten Jahreshälfte ähnlich gut laufen wie im ersten Halbjahr 2015? Wir gehen davon aus, dass die deutsche Wirtschaft etwas an Schwung verlieren wird. Im extrem kräftigen Winterhalbjahr haben Sondereffekte wie zum Beispiel der starke Rückgang des Ölpreises eine Rolle gespielt. Die klingen jetzt ab, und gemessen daran ist das Wachstum der deutschen Wirtschaft auch im weiteren Verlauf des Jahres 2015 und bis ins Jahr 2016 hinein ausgesprochen kräftig.
2. Mit welchen Wachstumszahlen rechnen Sie? Wir denken, dass die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr mit 1,8 Prozent und im kommenden Jahr mit 1,9 Prozent wachsen wird. Das ist für die deutsche Wirtschaft schon ein robustes Wachstum.
3. Was sind die wichtigsten Wachstumstreiber? Die deutsche Wirtschaft stützt sich sowohl auf einen insgesamt kräftigen Außenhandel, vor allem aber auch auf eine solide Binnennachfrage. Das stützt den privaten Verbrauch und auch die Investitionen werden im Laufe dieses Jahres allmählich anziehen und so ihren Teil zum Wachstum beitragen.
4. Werden die Binnenkonjunktur und die Konsumnachfrage weiterhin so gute Zahlen aufweisen wie zuletzt? Wir denken, dass der Konsum etwas an Schwung verlieren wird. Wir hatten im Winterhalbjahr einen sehr kräftigen Konsum, vermutlich weil es Sondereffekte gab, die den Konsum im Winterhalbjahr etwas nach oben getrieben haben. So wurden beispielsweise Nachzahlungen bei der Rente ab 63 geleistet. Insgesamt aber bleibt der Konsum robust, weil die Arbeitsmarktentwicklung und auch die Lohnentwicklung in Deutschland kräftig sind.
5. Wie gut ist die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt? Der Arbeitsmarkt entwickelt sich günstig. Die Erwerbstätigkeit steigt kräftig und wird nach unserer Prognose nächstes Jahr zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik über 43 Millionen liegen. Auch die Arbeitslosigkeit geht zurück. Wir rechnen für kommendes
6. Wie entwickelt sich die Inflationsrate? Die Inflationsrate ist zur Zeit noch sehr niedrig, weil der starke Rückgang der Ölpreise in den vergangenen Monaten die Preise stark gedämpft hat. Dieser Effekt wird nach unserer Einschätzung nach und nach abklingen, sodass wir nach einer sehr niedrigen Inflationsrate von 0,6 Prozent in diesem Jahr im kommenden Jahr wieder eine Inflationsrate von über einem Prozent erwarten. Das ist allerdings immer noch weit unter der Zielinflationsrate der Europäischen Zentralbank und eine sehr gedämpfte inflationäre Entwicklung.
7. Wie beurteilen Sie das weltwirtschaftliche Umfeld? Wir haben nach wie vor ein wirtschaftlich schwieriges Umfeld. Die Risiken sind hoch und es gibt erhebliche Unsicherheiten über die globale wirtschaftliche Entwicklung. Gerade in den Schwellenländern kühlt sich das Wachstum stärker ab als erwartet. Das sorgt für Verunsicherung auch in Deutschland. So bleibt die Investitionstätigkeit der Unternehmen in diesem unsicheren Umfeld etwas gedämpfter, als es unter den derzeit sehr niedrigen Zinsen eigentlich zu erwarten gewesen wäre. Wir gehen aber davon aus, dass der Euroraum sich mehr und mehr von der Krise erholt und insofern als Absatzmarkt für die deutsche Exportwirtschaft wieder an Bedeutung gewinnt. Dadurch könnte die enttäuschende Entwicklung in den Schwellenländern kompensiert werden.
8. Wo sehen Sie die größten Risiken für die deutsche Konjunktur? Die Risiken für die deutsche Konjunktur bestehen im außenwirtschaftlichen Umfeld. Insbesondere die Entwicklung in den Schwellenländern gibt Anlass zur Sorge. Wenn sich diese Abkühlung der Konjunktur verfestigt und insbesondere das Expansionstempo in China noch niedriger ausfällt als sich zuletzt abgezeichnet hat, dann dürfte das für die deutschen Exporte zum Problem werden und könnte damit auch die deutsche Konjunktur in Mitleidenschaft ziehen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

Finanzpolitik: Der richtige Mix von Steuern und Sozialabgaben hat Priorität!

Von Kristina van Deuverden

Die Lage der öffentlichen Haushalte in Deutschland ist gut und wird es in diesem und im kommenden Jahr bleiben. Der Staat erwirtschaftet weiter Überschüsse; der Finanzierungssaldo wird in beiden Jahren bei 0,5 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt liegen und auch in konjunkturbereinigter Betrachtung sind Überschüsse zu erwarten. Diese fallen allerdings nicht mehr so hoch aus wie im vergangenen Jahr. Die strukturellen Überschüsse eröffnen Spielräume für die Finanzpolitik, die angesichts der großen Herausforderungen nicht weiter verschenkt werden sollten – wie es durch die Leistungsausweitungen in der Rentenversicherung geschehen ist.

Zurzeit befindet sich Deutschland in einem demografischen Zwischenhoch. Bereits in der mittleren Frist wird das Erwerbspersonenpotential aber zu schrumpfen beginnen und, neben den schwachen Investitionen, das potentielle Wachstum bei unveränderten Rahmenbedingungen zunehmend dämpfen. Vor diesem Hintergrund sollte die Finanzpolitik die Arbeitsanreize so freundlich wie möglich gestalten und dazu an der Abgabenbelastung ansetzen. Nicht nur bei der Einkommensteuer hat sich ein erheblicher Reformbedarf aufgestaut. Die eigentliche Herausforderung liegt bei den Sozialbeiträgen, die in Deutschland recht hoch sind. Dies ist nicht nur deshalb der Fall, weil das Leistungsniveau besonders gut ist, sondern auch, weil die steuerfinanzierten Zuschüsse an die Sozialkassen bei weitem nicht ausreichen, um die versicherungsfremden Leistungen zu decken. Statt primär für Steuersenkungen sollten die finanzpolitischen Spielräume vielmehr genutzt werden, um die Zuschüsse an die Sozialkassen zu erhöhen und die Sozialabgaben entsprechend zu reduzieren. Es ist nicht das Einnahmenniveau an sich, es ist der Mix, der das Wirtschaftswachstum potentiell belastet.

Der vorliegende Bericht stellt die Entwicklung der öffentlichen Haushalte in Deutschland im Detail dar. Diese Entwicklung beruht auf der im ersten Artikel des vorliegenden Wochenberichts dargelegten gesamtwirtschaftlichen Vorhersage für die Jahre 2015 und 2016. Gleichzeitig sind die Entwicklung der öffentlichen Finanzen, vor allem aber die diskretionären Eingriffe des Staates, eine wesentliche Rahmenbedingung für die Konjunkturprognose.

Öffentliche Finanzen: Weiterhin Überschüsse

Die Finanzlage des Staates ist entspannt und wird es auch im Prognosezeitraum bleiben. Die Einnahmen expandieren weiter merklich. Dabei nehmen die direkten Steuern im laufenden Jahr deutlich stärker als im vergangenen Jahr zu, insbesondere weil die Gewinnsteuern kräftig zulegen. So sind die Einnahmen bei der veranlagten Einkommensteuer zuletzt spürbar gestiegen – auch aufgrund von Vorauszahlungen. Dies deutet darauf hin, dass die Gewinnerwartungen bei Personenunternehmen und Selbständigen für das laufende Jahr recht positiv sind.¹ Die Lohnsteuereinnahmen expandieren ebenfalls kräftig: Bis einschließlich April haben sie im Vorjahresvergleich um 5,7 Prozent zugelegt, was kaum mit der Bruttolohnsumme im ersten Quartal vereinbar scheint.² Bei einer jahresdurchschnittlich steigenden Lohnsumme von 3,8 Prozent in diesem Jahr wird die Lohnsteuer im Vergleich zum Vorjahr um fünf Prozent zunehmen. Im kommenden Jahr werden die Gewinnsteuern dann mit etwas geringerer Dynamik expandieren, auch weil die Vorauszahlungen zurzeit sehr hoch liegen und damit weniger Nachzahlungen anfallen dürften. Die Lohnsteuer wird – wie auch die Bruttolohnsumme – in ähnlichem Tempo wie in diesem Jahr steigen.

¹ Die Gewinnentwicklung der kleineren Unternehmen scheint durch die Einführung des Mindestlohns weit weniger beeinträchtigt oder durch die Kostenersparnisse aufgrund der Ölpreisentwicklung deutlicher begünstigt worden zu sein als erwartet.

² Auch im Mai sind die Lohnsteuereinnahmen nochmals kräftig expandiert.

Die indirekten Steuern werden in beiden Jahren ebenfalls spürbar zunehmen, denn die Steuern vom Umsatz steigen, getrieben durch die Entwicklung des nominalen Konsums, kräftig. Dabei wird das Expansionstempo der indirekten Steuern allerdings durch die speziellen Verbrauchsteuern, die sich aufgrund ihrer Mengensbasierung tendenziell verhalten entwickeln, gedämpft.

Die Einnahmen des Staates aus Sozialbeiträgen werden in beiden Jahren spürbar zunehmen, denn der Beschäftigungsaufbau erfolgt nach wie vor überwiegend im sozialversicherungspflichtigen Bereich.³ Der kumulierte Beitragssatz zur Sozialversicherung bleibt in diesem Jahr konstant und wird im kommenden Jahr leicht steigen, denn dann werden erste Krankenkassen gezwungen sein, ihren Zusatzbeitrag anzuheben (Tabelle 1).

Die übrigen Einnahmen des Staates werden sich im laufenden Jahr eher verhalten entwickeln. Zum einen blieb der an den Bund ausgeschüttete Bundesbankgewinn deutlich hinter seinem Vorjahresergebnis zurück. Zum anderen waren die Erbschaftsteuereinnahmen im vergangenen Jahr aufgrund eines für Ende des Jahres erwarteten Urteils kräftig gestiegen, denn viele Schenkungen wurden vorgezogen.⁴ Diese Steuerfälle dürften noch nicht alle veranlagt worden sein und den nochmaligen merklichen Anstieg des Erbschaftsteueraufkommens zu Beginn des laufenden Jahres erklären. Im Laufe des Prognosezeitraums, wenn die Steuerfälle abgearbeitet worden sind, dürften die vorgezogenen Schenkungen dann zu kräftigen Rückgängen bei der Erbschaftsteuer führen.

Alles in allem werden die Einnahmen im Jahr 2015 um 3,2 Prozent und im Jahr 2016 um 3,3 Prozent steigen.⁵

Hohe Ausgabendynamik

Die Ausgaben des Staates werden im Prognosezeitraum kräftig zunehmen. So tätigt der Staat spürbar mehr Vorleistungskäufe; dies dürfte auch darauf zurückzuführen sein, dass viele Länder und Kommunen in Anbetracht der guten Kassenlage ihren Ausgabenkurs gelockert haben.

³ Im laufenden Jahr profitieren die einzelnen Zweige der Sozialversicherung dabei in unterschiedlichem Ausmaß von der Umwandlung von Mini-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, denn bei der Renten- und der Krankenversicherung unterliegen die Einkommen aus Mini-Jobs reduzierten Beitragszahlungen, die allerdings nur dann einen Anspruch begründen, wenn der Arbeitnehmer sie aufstockt. Bei der Arbeitslosenversicherung begründen solche Beschäftigungsformen keine Beitragseinnahmen.

⁴ In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden die Erbschaftsteuereinnahmen als Vermögenstransfers berichtet. Die Erbschaftsteuer wird nicht nur bei Erbschaften sondern auch bei Schenkungen fällig; so wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Erbschaftsteuer sonst durch solche Übertragungen umgangen werden könnte.

⁵ Für einen Überblick über die Zahlen vgl. „Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland“ in dieser Wochenberichtsangabe.

Tabelle 1

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–) in Milliarden Euro gegenüber 2014

	2015	2016
Alterseinkünftegesetz	-0,9	-2,1
Erhöhung des Kindergeldes wie des Grundfreibetrags in den Jahren 2015 und 2016	-1,7	-3,5
Erhöhung der Tabaksteuer	0,2	0,2
Jahressteuergesetz 2013	-0,8	-0,8
Sonstige steuerliche Maßnahmen ²	0,2	0,2
Zusätzliche investive Ausgaben des Bundes ³	-1,4	-1,5
Zusätzliche Ausgaben des Bundes für Verkehrsinfrastrukturinvestitionen		-1,7
Zusätzliche investive Ausgaben finanzschwacher Kommunen mittels Förderung durch Bundessondervermögen		-0,8
Betreuungsgeld	-0,5	-0,5
Erhöhung der BAFöG-Leistungen		-0,1
Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 01.01.2015 um 0,2 Prozentpunkte	-3,9	-4,0
Erhöhung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung zum 01.01.2015 um 0,3 Prozentpunkte	3,8	3,9
Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung: Senkung zum 01.01.2016 und Anhebung zum 01.01.2015 um jeweils 0,1 Prozentpunkte	-1,2	0,0
Leistungsausweitungen in der gesetzlichen Rentenversicherung ⁴	-6,5	-6,7
Gesetz zur Neuausrichtung der sozialen Pflegeversicherung	-0,8	-0,8
Leistungsausweitungen in der sozialen Pflegeversicherung	-2,4	-2,4
Honorarerhöhung bei niedergelassenen Ärzten	-0,9	-1,5
Insgesamt	-16,8	-22,1
In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent	-0,6	-0,7

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.

² Abschaffung der Eigenheimzulage, Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz, Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts, Erhöhung des Grundfreibetrags 2013, Jahressteuergesetz 2015.

³ Aufstockung der Kita-Ausgaben sowie der Mittel für die außeruniversitäre Forschung aufgrund des Koalitionsvertrages.

⁴ Mütterrente, abschlagsfreier Rentenzugang mit 63 Jahren für Versicherte mit 45 Beitragsjahren, Lebensleistungsrente, Änderungen bei der Rente wegen Erwerbsunfähigkeit, Änderungen bei den Leistungen für Rehabilitation.

Quellen: BMF; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

Die sozialen Sachleistungen werden noch kräftiger expandieren. Zum einen ist die Kostendynamik im Gesundheitswesen ohnehin hoch, zum anderen werden die Leistungen in der Pflegeversicherung in diesem Jahr ausgeweitet. Auch die Arbeitnehmerentgelte werden merklich zulegen, denn die Tarifabschlüsse für die Angestellten im öffentlichen Dienst sehen spürbare Anhebungen vor. Zudem werden die Abschlüsse nach und nach auf die Beamten übertragen, wengleich mit Abschlägen und zum Teil mit zeitlicher Verzögerung.

Die monetären Sozialleistungen expandieren ebenfalls kräftig. Zwar entwickeln sich die Ausgaben für Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II verhalten, denn die Arbeitslosigkeit wird über den gesamten Prognosezeitraum stetig zurückgehen. Das Kindergeld wird aller-

dings in beiden Jahren angehoben.⁶ Vor allem aber nehmen die Ausgaben der Rentenversicherung kräftig zu. Im laufenden Jahr gelten die Mitte vergangenen Jahres in Kraft getretenen Leistungsausweitungen erstmals für ein ganzes Jahr und in der ersten Jahreshälfte ist die Rentenanpassung kräftig. Allerdings werden die Renten zur Jahresmitte in Anbetracht der Lohnentwicklung vergleichsweise wenig angehoben, bevor sie Mitte kommenden Jahres um 4 ½ Prozent steigen dürften.⁷ Die Ausgaben für Pensionen steigen in beiden Jahren deutlich.

Die sonstigen laufenden Transfers werden von der Entwicklung der EU-Eigenmittel dominiert. Diese steigen im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr, in dem sie durch die Rückerstattung des sogenannten Briten-Rabatts gemindert worden waren, kräftig.⁸ Die Zinsausgaben des Staates werden im Jahr 2015 nochmals spürbar zurückgehen, denn die vom Fiskus zu bietende Rendite ist noch immer gering.⁹

Die Bruttoinvestitionen des Staates werden demgegenüber im Prognosezeitraum etwas stärker zulegen, vor allem im kommenden Jahr. Zum einen schlagen sich die bei den Koalitionsverhandlungen beschlossenen sogenannten prioritären Maßnahmen nach und nach in einer erhöhten Investitionstätigkeit nieder. Zum anderen ist die Finanzlage der Kommunen, die den größten Teil der Bauinvestitionen verantworten, gut und wird sich im Prognosezeitraum weiter verbessern. Dies liegt auch daran, dass der Bund den Kommunen zusätzliche Finanzmittel zukommen lässt. So überweist er den Gemeinden bereits seit Beginn dieses Jahres mehr Mittel für die Kosten der Unterkunft.¹⁰ Zudem plant der Bund, im laufenden Jahr ein neues Sondervermögen in Höhe von 3,5 Milliarden Euro aufzulegen, mit dem Investitionen in besonders finanzschwachen Kommunen gefördert werden sollen. Insgesamt werden die Bruttoinvestitionen des Staates im Jahr 2015 um 1,8 Prozent zunehmen und im Jahr 2016 um 4,5 Prozent expandieren.

Alles in allem steigen die Ausgaben im Jahr 2015 um 3,6 Prozent und im Jahr 2016 um 3,2 Prozent.

6 In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen schlägt sich dies allerdings nur zum Teil bei den Transfers nieder. Der andere Teil mindert die Steuereinnahmen.

7 Dies ist eine Folge der methodischen Änderungen der Statistik Mitte 2014. Mit der Revision wurden weitere Personenkreise zu den Erwerbstätigen gezählt. Vgl. van Deuverden, K. (2014): Finanzpolitik: Handlungsbedarf erkennen - Maßnahmen ergreifen! DIW Wochenbericht Nr. 51+52/2014, 1310-1317.

8 Im Jahr 2016 wird die Berechnung der EU-Eigenmittel auf die statistischen Daten nach der Revision vom August 2014 umgestellt werden, und es werden dann auch die Zahlungen für die Vorjahre angepasst. Die Berechnungen hierzu werden zurzeit durchgeführt.

9 Die jüngste Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen wird die durchschnittlich vom Staat zu leistenden Zinszahlungen nur nach und nach erhöhen.

10 Für Kosten der Unterkunft wie Miete, Nebenkosten usw. wird den Empfängern von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld ein gesonderter Bedarf zuerkannt.

Öffentliche Kassen nach wie vor im Plus

Der öffentliche Gesamthaushalt wird in beiden Jahren des Prognosezeitraums mit einem Überschuss von 0,5 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt abschließen (Tabelle 2).¹¹ In struktureller, also um konjunkturelle Einflüsse bereinigter Abgrenzung, wird er sich in diesem Jahr auf 0,6 Prozent und im kommenden Jahr auf 0,5 Prozent belaufen. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt hat sich die strukturelle Position damit für das Jahr 2016 um 0,3 Prozentpunkte gegenüber dem Jahr 2014 verschlechtert.

Finanzpolitik: Weichen auf Wachstum stellen

Die Lage der öffentlichen Finanzen ist günstig, und zwar nicht nur aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung. Auch strukturell ist die Situation der öffentlichen Haushalte gut (Tabelle 3), wenngleich sie sich zurzeit wegen temporärer Sondereffekte, wie den Einnahmen aus der kalten Progression oder des niedrigen Zinsniveaus, etwas zu günstig darstellt.¹² Die Schuldenstandsquote ist merklich zurückgegangen. Sie liegt zwar noch immer deutlich über der im Maastricht-Vertrag festgeschriebenen Obergrenze von 60 Prozent; ohne die Verpflichtungen der *Bad Banks* würde dieses Niveau aber im Jahr 2016 wieder erreicht.

Damit ist die Finanzpolitik in der komfortablen Situation, über einen gewissen Spielraum zu verfügen. Dieser sollte genutzt werden – auch weil es nicht wünschenswert ist, dauerhaft strukturelle Überschüsse zu generieren. Eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik sollte sich dabei auf Maßnahmen konzentrieren, die das Potentialwachstum erhöhen können. Neben Investitionen, die den Kapitalstock der Wirtschaft erweitern (und denen in Deutschland bei der bestehenden Investitionslücke ein hohes Gewicht zukommt) sind dies Maßnahmen, die das Humankapital steigern oder solche, die geeignet sind, das Arbeitsvolumen zu erhöhen.

Mittelfristig schrumpfendes Erwerbspersonenpotential

Die öffentlichen Haushalte, aber auch die wirtschaftliche Entwicklung, profitieren derzeit von einem demo-

11 Die Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen sind in dieser Prognose noch nicht berücksichtigt.

12 Internationale Kapitalgeber nehmen für deutsche Staatspapiere bereits seit einigen Jahren sehr niedrige Renditen in Kauf, denn diese Papiere erschienen ihnen sicher. Die Zinsausgaben des Staates haben sich dadurch erheblich reduziert. Diese Zinsersparnisse werden von den gängigen Konjunkturbereinigungsverfahren als strukturelle Verbesserung interpretiert, obgleich sie nicht von Dauer sein werden.

Tabelle 2

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs- saldo	nachrichtlich: Zinssteuer- quote ²	Schuldenstand nach Maastricht
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto- investitionen			
2000 ³	45,7	23,2	18,1	47,1	3,1	2,3	-1,4	13,5	58,7
2001	43,8	21,5	17,8	46,9	3,0	2,3	-3,1	14,0	57,5
2002	43,4	21,0	17,9	47,3	3,0	2,2	-3,9	14,1	59,2
2003	43,7	21,1	18,1	47,8	2,9	2,1	-4,1	13,8	62,9
2004	42,6	20,6	17,7	46,3	2,8	2,0	-3,7	13,6	64,6
2005	42,8	20,8	17,4	46,1	2,8	1,9	-3,3	13,3	66,8
2006	43,0	21,6	16,9	44,6	2,7	1,9	-1,5	12,6	66,3
2007	43,1	22,4	16,1	42,7	2,7	1,9	0,3	11,9	63,5
2008	43,5	22,7	16,1	43,5	2,7	2,0	0,0	11,8	64,9
2009	44,4	22,4	16,9	47,4	2,6	2,3	-3,0	11,8	72,4
2010 ⁴	43,1	21,4	16,5	47,3	2,5	2,3	-4,2	11,5	80,3
2011	43,7	22,0	16,4	44,6	2,5	2,3	-0,9	11,3	77,6
2012	44,3	22,5	16,5	44,2	2,3	2,3	0,1	10,2	79,0
2013	44,5	22,7	16,6	44,3	2,0	2,2	0,1	8,8	76,9
2014	44,6	22,7	16,6	44,0	1,8	2,1	0,6	7,7	72,9
2015	44,4	22,7	16,6	43,9	1,6	2,1	0,5	6,9	69,0
2016	44,5	22,7	16,7	44,0	1,5	2,1	0,5	6,4	65,9

¹ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.² Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.³ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen (50,8 Milliarden Euro).⁴ Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Milliarden Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin; 2015 und 2016: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

grafischen Zwischenhoch. So sind die Nachkriegsjahrgänge, die zurzeit das gesetzliche Renteneintrittsalter erreichen, zahlenmäßig noch immer relativ schwach besetzt. Zudem ist die Zuwanderung seit einigen Jahren erfreulich hoch. Dies wird aber nicht dauerhaft so bleiben, denn die für diesen Schub maßgeblichen Faktoren wie die Einführung der vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit für die der Europäischen Union im Jahr 2008 beigetretenen Staaten oder die verstärkte Migration aus den südeuropäischen Krisenländern wirken nur temporär. Zudem ist absehbar, dass die Zahl der Renteneintritte bald kräftig steigen wird. Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter geht bereits seit der Jahrtausendwende zurück; dies wird sich in der mittleren Frist beschleunigen und das potentielle Wirtschaftswachstum zunehmend belasten.

Die Wirtschaftspolitik hat – zumindest kurzfristig – nur begrenzte Möglichkeiten, das Erwerbspersonenpotential zu erhöhen. Beispielsweise dürfte ein besseres Angebot an Betreuungsplätzen die Erwerbsquote von Müttern zwar bereits heute positiv beeinflussen¹³ – bis es

aber zu Verhaltensänderungen kommt, die Geburtenrate steigt und sich dies in einer höheren Zahl an Personen im erwerbsfähigen Alter niederschlägt, werden mehrere Jahrzehnte vergehen. Auch der Wanderungssaldo ist wohl nur bedingt beeinflussbar. Eine (weitere) Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters kann ebenfalls nicht kurzfristig umgesetzt werden; die Anhebung der Altersgrenze auf 67 Jahre wurde beispielsweise vom Jahr 2012 bis zum Jahr 2029 gestreckt.

Die Finanzpolitik hat allerdings Möglichkeiten, das Arbeitsangebot kurzfristig zu beeinflussen, indem sie die Anreize, Arbeit aufzunehmen oder zeitlich auszuweiten, verbessert. Zwar ist die Partizipationsrate – der Teil der erwerbsfähigen Personen, der dem Arbeitsmarkt tatsächlich zur Verfügung steht – in Deutschland in den vergangenen Jahren kräftig gestiegen. Allerdings gibt es noch immer Länder, unter anderem die Schweiz, Norwegen oder Island, die höhere Raten aufweisen. Vor allem aber ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigten in Deutschland sehr hoch und nur etwa ein Siebtel da-

¹³ Vgl. Müller, K.-U., Spieß, C. K., Wrohlich, K. (2013): Rechtsanspruch auf Kitaplatz ab zweitem Lebensjahr: Erwerbsbeteiligung von Müttern wird steigen

und Kinder können in ihrer Entwicklung profitieren. DIW Wochenbericht Nr. 32/2013.

Tabelle 3

Produktionspotential, Bruttoinlandsprodukt, Produktionslücke, Strukturkomponente des Finanzierungssaldos des Staates¹

In Milliarden Euro

	Produktionspotential	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Finanzierungssaldo	
				Konjunkturkomponente	Strukturkomponente
2008	2 507,9	2 558,0	50,1	-28,6	28,1
2009	2 573,2	2 456,7	-116,6	62,3	-136,8
2010	2 615,4	2 576,2	-39,1	21,6	-130,8
2011	2 671,1	2 699,1	28,0	-15,9	-7,5
2012	2 740,7	2 749,9	9,2	-5,2	7,8
2013	2 829,2	2 809,5	-19,7	10,9	-6,8
2014	2 918,7	2 903,8	-14,9	8,3	10,3
2015	3 019,5	3 010,0	-9,5	5,3	8,8
2016	3 102,5	3 105,1	2,6	-1,5	17,3

¹ In nominaler Rechnung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2015

von (1,5 Millionen Personen) möchte seine Arbeitszeit unter den gegebenen Rahmenbedingungen ausweiten.¹⁴

Abgabenbelastung mindert Arbeitsangebot

Ein wesentlicher Ansatzpunkt, das Arbeitsangebot zu erhöhen, ist, die Abgabenbelastung von Arbeit anreizfreundlich zu gestalten. Beispielsweise mindert ein progressiver Einkommensteuertarif, der starke Anstiege oder Sprungstellen aufweist, in diesen Bereichen den Anreiz, die Arbeit auszuweiten. Bei der letzten großen Reform des Einkommensteuertarifs,¹⁵ die über ein Jahrzehnt zurückliegt, wurde der Tarif gestaucht und die Grenzbelastung im mittleren Einkommensbereich kräftig erhöht.¹⁶ Analysen kommen regelmäßig zu dem Ergebnis, dass dieser Tarifverlauf wenig leistungsfreundlich ist, dass mittlere Einkommen merklich belastet werden¹⁷ und dass die relativ geringe Belastung höherer Einkommensgruppen beseitigt werden sollte.¹⁸

¹⁴ Vgl. Eurostat, Labour Force Supply.

¹⁵ Die Lohnsteuer als besondere Erhebungsform der Einkommensteuer unterliegt dem gleichen Tarif wie die veranlagte Einkommensteuer.

¹⁶ Der sogenannte „Mittelstandsbauch“ bezeichnet den kräftigen Anstieg der Steuerbelastung insbesondere bei den mittleren Einkommen.

¹⁷ Beimann, B., Kambeck, R. (2013): Mehr Gerechtigkeit: Was steht zur Wahl? Eine mikrodatenbasierte Analyse und Kommentierung von Programmaussagen der Parteien zu Änderungen des Tarifs der Einkommensteuer unter dem Gesichtspunkt der fiskalischen Auswirkungen. Aktualisierter Endbericht, Forschungsvorhaben im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM).

¹⁸ Ebenda. Vgl. auch Bach, S., Haan, P., Ochmann, R. (2013): Reformvorschläge zur Einkommensteuer: Mehr echte und weniger kalte Progression. DIW Wochenbericht Nr. 30/2013.

Auch die Folgen der kalten Progression reduzieren den Anreiz zu einem vermehrten Arbeitsangebot;¹⁹ der Steuertarif sollte daher regelmäßig angepasst werden. Dies geschah und geschieht in Deutschland aber nur sehr unregelmäßig; in vollem Umfang sind die Effekte der kalten Progression letztmalig im Jahr 2010 an die Steuerzahler zurückgegeben worden. Seither wurde die Entstehung solcher Steuermehreinnahmen lediglich durch Anhebungen des Grundfreibetrags eingeschränkt – nicht aber verhindert.²⁰

Vieles deutet darauf hin, dass eine Reform des Einkommensteuertarifs, bei der die Grenzbelastung gemindert und auch höhere Einkommensgruppen gemäß ihrer Leistungsfähigkeit an der Finanzierung staatlicher Aufgaben beteiligt werden, lange überfällig ist. Zudem wäre es ein richtiger Schritt, die Problematik der kalten Progression dauerhaft zu entschärfen und einen Steuertarif „auf Rädern“ einzuführen.²¹ Dies hätte zur Folge, dass die grundlegenden Tarifelemente automatisch an die Inflation angepasst werden und würde gewährleisten, dass der Staat nur an realen Einkommenszuwächsen partizipiert.²²

Eine nur auf den Tarifverlauf beschränkte Betrachtung ist allerdings einseitig. Die effektive Steuerbelastung kann nur bestimmt werden, indem das „zu versteuernde Einkommen“ – also das Bruttoeinkommen abzüglich der im Steuerrecht festgelegten Abzugstatbestände – berücksichtigt wird. Wie hoch das „zu versteuernde Einkommen“ ist, hängt von den persönlichen Lebensumständen eines Steuerzahlers ab, so dass Untersuchungen, die die effektive Steuerbelastung ermitteln, auf Fallstudien zurückgreifen müssen. Demensprechend vorsichtig sollten die Ergebnisse interpretiert werden.

Vielfach wird versucht, dem dadurch zu begegnen, dass mithilfe eines Vergleichs der Steuerbelastung identischer Steuerfälle in unterschiedlichen Ländern allgemeingültigere Aussagen abgeleitet werden.²³ Bei solchen internationalen Vergleichen ergibt sich häufig, dass der

¹⁹ Vgl. auch den Begriff „Kalte Progression“ im DIW Glossar, diw.de/de/diw_01.c.412410.de/presse/diw_glossar/kalte_progression.html. Immer dann, wenn nominalen Einkommenszuwächsen inflationsbedingt keine realen Gewinne an Leistungsfähigkeit gegenüberstehen, führt ein progressiver, in nominalen Größen festgelegter Steuertarif zu einer höheren realen Steuerbelastung.

²⁰ Eine solche Anpassung ist verfassungsrechtlich zwingend, da der Grundfreibetrag das Existenzminimum steuerlich freizustellen ist.

²¹ Stattdessen trägt sich die Finanzpolitik mit dem Gedanken, die Mehreinnahmen aufgrund der kalten Progression erneut mittels diskretionärer Eingriffe zurückzugeben.

²² Eine große Reform wäre auch dazu geeignet, den Solidaritätszuschlag endlich in den Einkommensteuertarif zu integrieren.

²³ Generell sind internationale Vergleiche lediglich ein Hilfsmittel und bergen häufig Fallstricke in sich, insbesondere im Bereich der öffentlichen Finanzen, wo historisch gewachsene oder aufgrund von Wählerpräferenzen bestehende Unterschiede die Vergleiche sehr erschweren.

Faktor Arbeit in Deutschland recht hoch belastet ist. So zeigt eine Studie der OECD, dass die Steuer- und Sozialabgabenbelastung des Faktors Arbeit in Deutschland weit über dem Durchschnitt der Industrieländer liegt.²⁴ Die Fallstudie simuliert die Belastung mit Lohnsteuer und Sozialabgaben für ausgewählte Einkommenshöhen und einige persönliche Merkmale wie Familienstand und Zahl der Kinder. Wenngleich aus einer solchen Untersuchung nicht abgeleitet werden kann, wie relevant der gewählte Fall für das entsprechende Land ist, signalisieren die Ergebnisse Handlungsbedarf; eine eindeutige Forderung, dass die Steuern auf breiter Front gesenkt werden müssten, lässt sich daraus jedoch nicht ableiten.

Steuereinnahmen im internationalen Vergleich eher niedrig

Der Staat braucht Steuern, um seine Aufgaben erfüllen zu können. Welches Niveau an Steuereinnahmen dabei „angemessen“ ist, ist keine einfache Frage. Häufig werden auch hierfür internationale Vergleiche herangezogen. Diese sind gerade in Bezug auf Strukturvergleiche der Staatsfinanzen durch die historisch gewachsenen und auf Wählerpräferenzen beruhenden Unterschiede schwierig. Die Ergebnisse einer solchen Analyse werden essentiell durch die als Referenz gewählte Ländergruppe beeinflusst. So führen beispielsweise Vergleiche mit den angelsächsischen Ländern zu der Feststellung, dass der deutsche Fiskus stark zugreift. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass in Deutschland wie in vielen kontinentaleuropäischen Ländern aus gesellschaftspolitischen Gründen ein relativ hohes Maß an staatlicher Absicherung von den Wählern gewünscht wird. In den USA oder in Großbritannien wird die Eigenverantwortlichkeit hingegen viel stärker betont. Würden beispielsweise die skandinavischen Länder – die traditionell ein hohes Gewicht auf soziale Sicherung und Umverteilung legen – als Vergleichsmaßstab gewählt, erschiene der Zugriff des Fiskus in Deutschland eher niedrig.

Im Folgenden werden daher solche Länder näher betrachtet, bei denen in dieser Hinsicht eine gewisse Ähnlichkeit zu Deutschland vermutet werden kann. Zum einen werden die EU-15 – die EU vor der Osterweiterung – ausgewählt.²⁵ Die mittel- und osteuropäischen Länder haben in den vergangenen Jahren zwar merklich aufgeholt, weisen jedoch nach wie vor eine deutlich andere Wirtschaftsstruktur auf als „alte“ Länder wie Deutschland. Zum anderen wird der Euroraum in der Zusammensetzung zum Zeitpunkt seiner Gründung heran-

gezogen.²⁶ Schließlich werden die Einnahmequoten in den einzelnen Gründungsländern der Europäischen Gemeinschaft sowie im Vereinigten Königreich miteinander verglichen (Abbildung).

Es zeigt sich, dass die steuerliche Belastung in Deutschland deutlich unter der durchschnittlichen Belastung in der Europäischen Union sowie im Euroraum liegt. Dies gilt nicht nur für die Gesamtsumme der Steuereinnahmen, sondern auch in Bezug auf die Belastung der privaten Haushalte und der Unternehmen mit Einkommen- und Vermögensteuern; es gilt zudem sowohl bei den direkten Steuern als auch bei den indirekten Steuern. Der Vergleich mit einzelnen Ländern spiegelt dieses Bild ebenfalls wider; selbst gemessen an der Steuerbelastung im Vereinigten Königreich ist die Quote in Deutschland nicht so viel höher, wie vielfach erwartet werden dürfte. Es zeigt sich, dass die Steuereinnahmen in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern im unteren Mittelfeld liegen.²⁷

Dies ist ein überraschendes Ergebnis und scheint kaum vereinbar mit der Feststellung, dass großer Reformbedarf besteht. Auf den ersten Blick steht die Aussage auch im Gegensatz zu der Untersuchung der OECD, derzufolge die Abgabenlast des Faktors Arbeit in Deutschland sehr hoch ist. Dieser Gegensatz ist aber nur ein scheinbarer. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass die Bemessungsgrundlage in Deutschland viele Ausnahmen kennt, die anscheinend auch reichlich genutzt werden. Zudem ist unklar, ob die in der OECD-Studie durchgeführten Fallstudien die Masse der Steuerzahler abbilden. Vor allem aber bezieht sich die Studie nicht nur auf die Steuern, sondern auch auf die Sozialbeiträge.

Hohe Belastung mit Sozialabgaben

Der internationale Vergleich der Einnahmen des Staates aus Sozialbeiträgen zeigt: Deutschland liegt weit über dem Durchschnitt der EU und des Euroraums. Dabei sind die Beiträge, die direkt die Lohnkosten erhöhen, aber nicht allein deshalb so hoch, weil sie die Versicherungsleistungen decken müssen.

In der Sozial-„versicherung“ sollen bestimmte Risiken einzelner Personen abgesichert werden. Wenngleich ein bestimmtes Maß an Umverteilung in den staatlichen Sozialkassen angelegt und bis zu einem bestimmten Punkt auch systemgerecht ist, steht in diesem System doch im Vordergrund, dass mit den entrichteten Beiträ-

²⁴ Vgl. OECD (2015): Taxing Wages. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2015): Kräftiger Aufschwung dank günstigem Öl und schwachem Euro. DIW Wochenbericht Nr. 17/2015.

²⁵ Dies ist die EU-15 ohne Griechenland, da dafür Daten in der hier untersuchten Detailtiefe nicht über den ganzen Zeitraum zur Verfügung stehen.

²⁶ Wiederum ohne Griechenland.

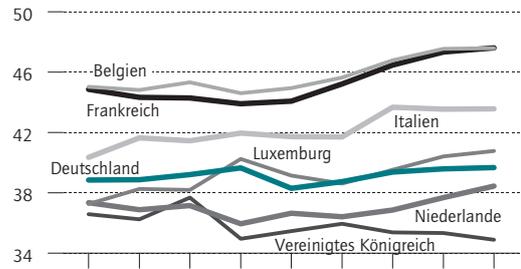
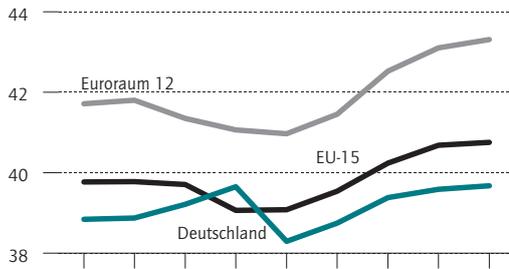
²⁷ Dies gilt selbst dann, wenn – soweit die Daten in der hier gewählten Detailtiefe vorhanden sind – die EU-28 oder ein größerer Euroraum als Referenzgröße gewählt wird.

Abbildung

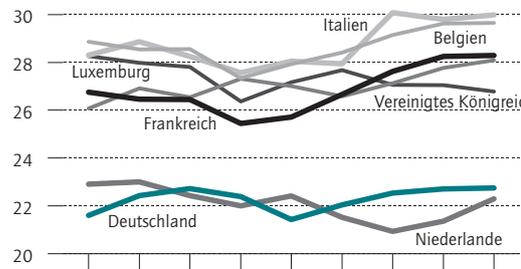
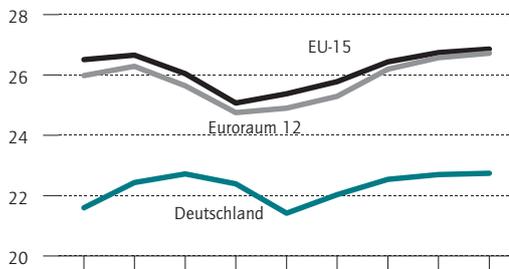
Staatliche Einnahmen¹

In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent

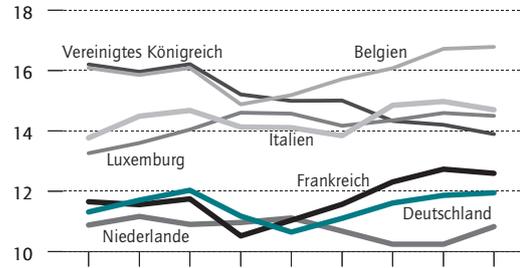
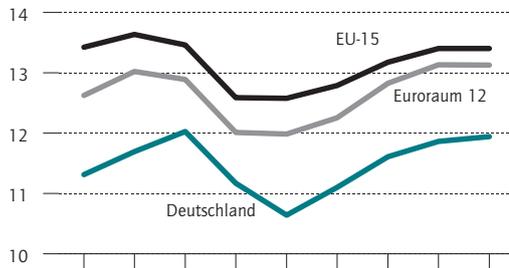
Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen



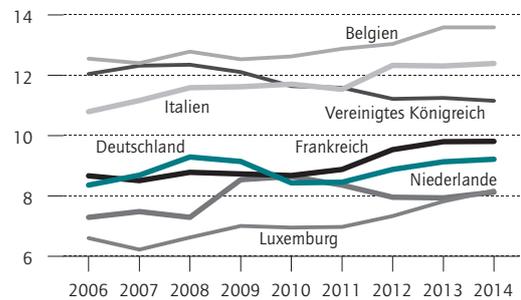
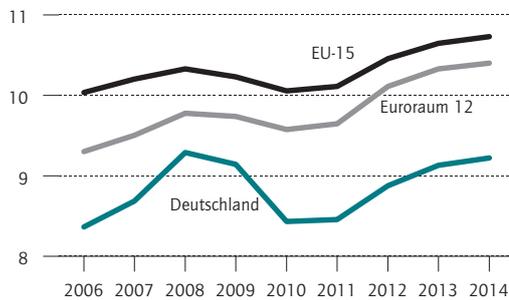
Steuern insgesamt



Direkte Steuern insgesamt



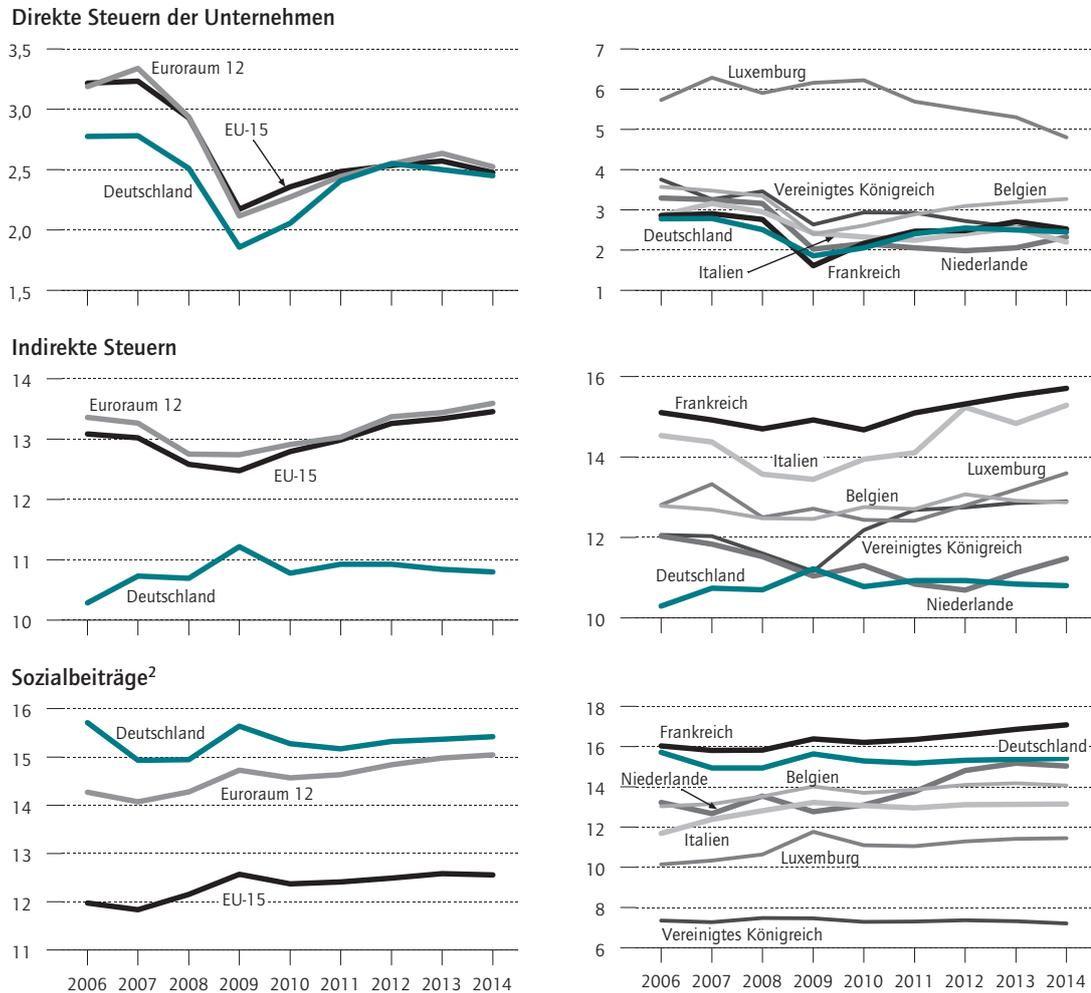
Direkte Steuern der privaten Haushalte



gen Ansprüche erworben werden. Die Sozialversicherungen haben im Laufe der Zeit aber immer mehr Leistungen übernommen, die ihrem Wesen nach versicherungsfremd sind. Solche Ausgaben sind im Interesse der Allgemeinheit und sollten daher eigentlich durch Steuern finanziert werden. Eine Finanzierung über Beiträ-

ge beschränkt die Kosten auf den begrenzten Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und nimmt ganze Bevölkerungsgruppen wie Selbständige, Beamte, Rentner oder Studenten von der Belastung aus. Zudem tragen die Bürger nur bei einer Steuerfinanzierung die Finanzierungslasten gemäß ihrer Leistungsfähig-

Abbildung Fortsetzung



1 In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Euroraum 12: Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Irland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Spanien (ohne Griechenland). EU-15: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Vereinigtes Königreich, Italien, Irland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien (ohne Griechenland).
 2 Tatsächliche von Arbeitnehmern und Arbeitgebern entrichtete Sozialbeiträge.

Quelle: Europäische Kommission.

© DIW Berlin 2015

Die Abgabenbelastung in Deutschland liegt unter dem EU-Durchschnitt.

keit. Zwar gewährt der Bund hinsichtlich der versicherungsfremden Leistungen steuerfinanzierte Zuschüsse an die Sozialversicherungen, diese reichen aber bei weitem nicht aus – und werden auch immer mal wieder gekürzt, wenn die Finanzlage der Sozialversicherung entspannt und der Bundeshaushalt knapp aufgestellt ist.

Die letzte umfassende Quantifizierung der versicherungsfremden Leistungen ist fast zehn Jahre alt. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hatte in seinem Jahresgut-

achten 2005/2006 geschätzt, dass die Zuschüsse des Bundes an die Sozialversicherungen um 65 bis 70 Milliarden Euro zu niedrig waren.²⁸ Besonders hoch waren die versicherungsfremden Leistungen dabei in der gesetzlichen Krankenversicherung sowie in der gesetzli-

²⁸ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2005): Chance nutzen – Reformen mutig voranbringen. Jahresgutachten 2005/2006. Der Umfang der versicherungsfremden Leistungen in der Arbeitslosenversicherung hat sich mit der Umsetzung der Hartz-IV-Reformen allerdings deutlich verringert.

chen Rentenversicherung. Der Zuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung ist seither erhöht worden; er liegt seit dem Jahr 2012 bei 14 Milliarden Euro. Für das Jahr 2008 hat der Bund der Steuerzahler die versicherungsfremden Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung bei den laufenden Ausgaben allerdings auf 27,5 Milliarden geschätzt, also fast doppelt so hoch.²⁹ Der viel zu niedrige Bundeszuschuss ist zudem seit dem Jahr 2012 erst einmal in voller Höhe überwiesen worden.³⁰

Auch bei der gesetzlichen Rentenversicherung decken die steuerfinanzierten Bundeszuschüsse nicht die versicherungsfremden Leistungen. Für das Jahr 2013 wird das Volumen der ungedeckten versicherungsfremden Leistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung auf 13,5 Milliarden Euro geschätzt.³¹ Mit den jüngsten Leistungsausweitungen ist dieses Volumen noch einmal deutlich gestiegen. So werden seit Mitte vergangenen Jahres Kindererziehungszeiten auch für vor 1992 geborene Kinder berücksichtigt (Ausweitung der Mütterrente); ein steuerfinanzierter Zuschuss wird hierfür – anders als für die Kindererziehungszeiten von nach 1992 geborenen Kindern – aber nicht gewährt.³² Auch die „Rente mit 63“ – die zudem das Erwerbspersonenpotential direkt verringerte und zumindest temporär eine Abkehr von der langfristigen Politik einer Erhöhung des Renteneintrittsalters bedeutet – hat den Charakter einer versicherungsfremden Leistung.³³

²⁹ Fichte, D. (2011): Versicherungsfremde Leistungen in der Gesetzlichen Rentenversicherung und ihre sachgerechte Finanzierung. Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler, Heft 107.

³⁰ Im Jahr 2013 ist der Zuschuss um 2,5 Milliarden, im vergangenen Jahr um 3,5 Milliarden und in diesem Jahr um 2,5 Milliarden Euro gekürzt worden.

³¹ Vgl. Aktion Demokratische Gemeinschaft e.V., www.adg-ev.de/index.php/publikationen/publikationen-altersvorsorge/297-versicherungsfremde-leistungen-nach-vdrdrv-von-1957-bis-2011-teufel-tabelle.

³² Auch dieser dürfte allerdings bei weitem zu gering sein, denn er ist seit seiner Einführung nicht an die tatsächliche Entwicklung angepasst worden.

³³ Sie erhöht zudem nicht nur den notwendigen Beitragssatz, sondern reduziert über die Rentenformel zukünftige Rentenanpassungen.

Kristina van Deuverden ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | kvandeuverden@diw.de

Alles in allem: Der Umfang der versicherungsfremden Leistungen übersteigt die Bundeszuschüsse an die Sozialversicherungen bei weitem. Damit liegen die Beitragssätze höher als notwendig und die Belastung des Faktors Arbeit ebenso.

Fazit

Die Belastung von Arbeit durch Steuern und Sozialbeiträge in Deutschland ist hoch. Vor dem Hintergrund des künftig schrumpfenden Erwerbspersonenpotentials werden die daraus resultierenden Folgen für das Arbeitsangebot zu einem immer größeren Problem werden. Die hohe Belastung der Arbeitseinkommen liegt aber nicht daran, dass die Steuereinnahmen insgesamt hoch sind. Im Gegenteil: Ein internationaler Vergleich zeigt, dass die Steuereinnahmen in Deutschland bei weitem nicht so hoch sind, wie es Fallstudien oder die nominalen Steuersätze nahelegen. Vielmehr sind es die Sozialbeiträge, die den Faktor Arbeit kräftig belasten.

Die Finanzpolitik sollte daher ihr Handeln zurzeit nicht in erster Linie auf eine Steuersenkung richten, auch wenn eine umfassende Reform des Einkommensteuertarifs lange überfällig ist; der Tarif ist in vielen Bereichen anreizfeindlich und die kalte Progression sollte nachhaltig beseitigt werden. Auch die Bemessungsgrundlage gehört auf die Tagesordnung.

Das eigentliche Dilemma aber sind die hohen Sozialbeiträge, die den Faktor Arbeit verteuern – auch, weil die versicherungsfremden Leistungen nach wie vor deutlich höher als die steuerfinanzierten Zuschüsse sind. Hier ist der Hebel für eine wachstumsfreundliche Politik, denn auch wenn die Belastung aus Steuern und Sozialabgaben insgesamt betrachtet wird, liegt Deutschland nur im europäischen Mittelfeld: nicht die Einnahmehöhe, der Mix ist das Problem.

FISCAL POLICY: THE PROPER MIX OF TAXES AND SOCIAL SECURITY CONTRIBUTIONS HAS PRIORITY!

Abstract: Germany's public budgets are in good shape and likely to remain so in this and the coming year. The government continues to generate a surplus; the budget balance will reach 0.5 percent of nominal GDP in both years and the cyclically adjusted budget will also show a surplus. It is not, however, anticipated to be as high as last year. Structural surpluses open up greater scope for implementing fiscal policy and should no longer simply be given away as they have been with the extensions in the pension system. Given the major challenges, it provides greater scope for more productive fiscal policies.

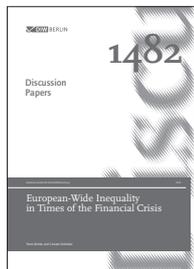
German public finance is currently experiencing an interim high for demographic reasons. However, the potential labor force will decline in the medium term and, in addition to

weak investment, dampen potential growth if conditions remain unchanged. Against this background, fiscal policy should strengthen work incentives which could be achieved by reducing the burden of taxes and duties. Not only in the field of income taxation is there considerable pent-up need for reform. The real challenge lies with social security contributions, which are relatively high in Germany. This is not only because benefit levels are particularly high but also because tax-financed grants for social security are far from sufficient to cover non-insurance benefits. Instead of being used primarily for tax cuts, the greater scope for fiscal policy should be used to increase grants to the social security system and, accordingly, reduce social security contributions. It is not the level of public revenue per se but rather the mix that potentially burdens economic growth.

JEL: H3, H6, E6

Keywords: public finance, fiscal policy, outlook

Discussion Papers Nr. 1482
2015 | Timm Bönke, Carsten Schröder



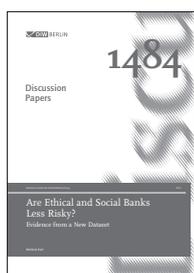
European-Wide Inequality in Times of the Financial Crisis

In view of rising concerns over increasing inequality in the European Union since the financial crisis, this study provides an inequality decomposition of the overall European income distribution by country. The EU Statistics on Income and Living Conditions are our empirical basis. Inequality has risen moderately within the core Euro area, particularly in the last two years of the observation period (2010/11). Widening disparities between EU Member States are the driving force behind this trend, while inequalities within countries do not exhibit systematic changes. An analysis of binational distributions reveals that it is the countries hit worst by the crisis—Greece and Spain—for which the between-country disparities have changed most markedly.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1484
2015 | Marlene Karl



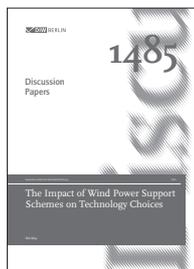
Are Ethical and Social Banks Less Risky? Evidence from a New Dataset

This paper introduces a new and comprehensive dataset on "alternative" banks in EU and OECD countries. Alternative banks (e.g. ethical, social or sustainable banking) experienced a recent increase in media interest and have been hailed as an answer to the financial crisis but no research exists on their stability. This paper studies whether alternative banks differ from conventional banks in terms of riskiness. For this I construct a comprehensive dataset of alternative banks and compare their riskiness with an adequately matched control group of conventional banks using mean comparison and panel regression techniques. The main result is that alternative banks are significantly more stable (in terms of z-score) than their conventional counterparts. The results are robust to different estimation methods and data specifications. Alternative banks also have lower loan to asset ratios and higher customer deposit ratios than conventional banks.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1485
2015 | Nils May



The Impact of Wind Power Support Schemes on Technology Choices

Germany changed renewable remuneration for wind power from a fixed Feed-In Tariff (FIT) to a floating Market Premium Scheme (MPS) in 2012. One aim of this adjustment was to better align the supply of generated wind electricity with the demand for it, e.g. through more system-friendly wind turbine technology choices. In energy systems with a high share of variable renewable energies, such turbines produce a higher share of their production at lower wind speeds and thus can reduce the need for alternative flexibility options like back-up capacity, storage, grid extensions and demand side measures. However, based on a wind power investment model, I show that the MPS fails to convey strong enough incentives to project developers to significantly alter their investment decisions as long as these base their investments on current electricity market price profiles and are limited by their access to risk-averse project finance. One reform proposal to support the installation of system-friendly turbines is a change in the production volume-based benchmark approach which plays an integral part in both the fixed FIT and the MPS. The investment model indicates that such a revised policy can incentivize the deployment of moderately more system-friendly wind power technologies at some locations. An alternative option is to shift to a production value-based benchmark approach. It directly reflects the future additional market value of system-friendly turbines in today's remuneration structure. Thus, this approach sets incentives also for investors without perfect foresight—or with financing constraints—to deploy more systemfriendly turbines that meet the requirements of power systems with increasing shares of wind power.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1486
2015 | Guglielmo Maria Caporale, Juncal Cunado, Luis A. Gil-Alana, Rangan Gupta



The Relationship between Healthcare Expenditure and Disposable Personal Income in the US States: A Fractional Integration and Cointegration Analysis

This study examines the relationship between healthcare expenditure and disposable income in the 50 US states over the period 1966-2009 using fractional integration and cointegration techniques. The degree of integration and nonlinearity of both series are found to vary considerably across states, whilst the fractional cointegration analysis suggests that a long-run relationship exists between them in only 11 out of the 50 US states. The estimated long-run income elasticity of healthcare expenditure suggests that health care is a luxury good in these states. By contrast, the short-run elasticity obtained from the regressions in first differences is in the range (0,1) for most US states, which suggests that health care is a necessity good instead. The implications of these results for health policy are also discussed.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere





Prof. Dr. C. Katharina Spieß, Leiterin der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin wieder.

Elterngeld und Ehegattensplitting: Nach der Reform ist vor der Reform

Das ElterngeldPlus kommt – endlich. Ab dem 1. Juli 2015 kann die Bezugszeit des Elterngelds weit über die bisher maximal 14 Monate ausgedehnt werden, wenn mindestens ein Elternteil während der Elternzeit in Teilzeit weiterarbeitet. Aus einem Elterngeldmonat können in diesen Fällen zwei ElterngeldPlus-Monate werden. Reduzieren beide Elternteile ihre Arbeitszeit *gleichzeitig* auf 25 bis 30 Stunden pro Woche, verlängert sich die Bezugszeit des Elterngelds im Rahmen des Partnerschaftsbonus nochmals um bis zu vier Monate. Bis jetzt wurde das Elterngeld für ein Elternteil maximal zwölf Monate gewährt, egal ob Eltern sich dafür entschieden, zu Hause zu bleiben oder in Teilzeit weiterzuarbeiten. Eltern, die sich für eine frühere Rückkehr in Teilzeit entschieden, erhielten damit insgesamt weniger Elterngeld, weil das Erwerbseinkommen anteilig angerechnet wurde.

Die Neuregelungen sind sehr zu begrüßen, denn Teilzeitarbeit während des Elterngeldbezugs ist nun endlich nicht mehr schlechter gestellt. Dies ist wichtig, da eine Rückkehr in den Beruf in Teilzeit von vielen Eltern gewollt ist. Aus arbeitsmarktpolitischer Perspektive ist ein früherer Wiedereinstieg ebenfalls sinnvoll, da so insbesondere Müttern eine kontinuierlichere Erwerbstätigkeit ermöglicht wird. Mit dem Partnerschaftsbonus setzt der Gesetzgeber zusätzliche Anreize dafür, dass beide Eltern sich Erwerbs- und Familienarbeit teilen. Vor dem Hintergrund des Ziels, eine gleichberechtigtere Beteiligung beider Elternteile an der Erwerbs- und Familienarbeit erreichen zu wollen, ist auch dies sehr sinnvoll – neutral gegenüber unterschiedlichen Formen der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern ist diese familienpolitische Leistung allerdings nicht, auch wenn sie eine Arbeitsteilung fördert, die sich sehr viele Paare wünschen. Letztlich handelt es sich beim ElterngeldPlus aber nur um eine kleine Reform, die lediglich eine bereits existierende Leistung an die Wünsche vieler Eltern anpasst. Sie erreicht allerdings nur Paare mit relativ jungen Kindern.

Eine andere Leistung ist fiskalisch sehr viel bedeutsamer und betrifft viel mehr Paare: das Ehegattensplitting. Eine Reform dieser Leistung wurde allerdings bisher nicht angegangen, obwohl die Leistung mit klaren Anreizen für eine ungleiche Arbeitsteilung verbunden ist. Bekanntlich setzt das Ehegattensplitting insbesondere für Ehefrauen, die deutlich weniger verdienen als ihr Partner, Anreize, ihr Arbeitsangebot nicht auszudehnen. Das ist nicht erst seit der *Gesamtevaluation ehe- und familienbezogener Leistungen* im Auftrag der Bundesministerien für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Finanzen (BMF) bekannt. Die Gesamtevaluation hat darüber hinaus auch gezeigt, dass die bisherige Regelung die Anreize für Väter, ihre Arbeitszeit auszudehnen, verstärkt. Das Ehegattensplitting läuft damit dem Ziel einer gleichberechtigteren Aufteilung der Erwerbs- und Familienarbeit zwischen den Geschlechtern entgegen.

Bei einer Individualbesteuerung, wie sie in den skandinavischen Ländern aber auch in Österreich praktiziert wird, ist dies nicht der Fall. Aufgrund des verfassungsrechtlichen Schutzes der Ehe in Deutschland ist ein Übergang zu einer Individualbesteuerung nicht in Sicht. Eine Reform wäre jedoch trotzdem möglich: Im sogenannten Realsplitting wird weiterhin ein Ausgleich der Einkommensdifferenz zwischen den beiden Ehepartnern berücksichtigt, allerdings in einem deutlich geringeren Umfang als bisher. Damit würden gleichzeitig die Anreize für eine etwas gleichberechtigtere Aufteilung der Erwerbs- und Familienarbeit erhöht – und zwar nicht nur für die Eltern mit sehr jungen Kindern. Darüber hinaus wären weitere öffentliche Mittel verfügbar, welche eine gleichberechtigtere Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern unterstützen: zum Beispiel Mittel für einen qualitativ guten Ausbau der Kindertagesbetreuung und für ganztägige Schulangebote. Familienpolitik würde damit konsistenter werden.